

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich  
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.  
Nichtverbandmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonnr. 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 31.

Sonnabend, den 4. August 1906.

10. Jahrgang.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Bad Dürkheim.** Platz Fideisen gesperrt.

**Sackmannern.** Platz Winterfeld gesperrt.

**Würzburg und Umgebung.** (Muschelkalkgebiet.) Der Stand des Streiks ist unverändert. Streikbrecher sind nur in Randstädten zu verzeichnen. In München, am Verkehrsministerium, sollen die Kollegen die angekommene Arbeit, welche stark verspätet ist, nacharbeiten. — (Siehe Artikel.)

**Mainz.** Die Sandsteinmehlen stehen im Streit.

**Meißen II.** Die hiesigen Plastersteinarbeiter stehen im Streit, bisher zeigen die Unternehmer keine Neigung Zugeständnisse zu machen.

**Ludwigshafen.** Im Streit befinden sich die Marmorarbeiter. Situation günstig.

**Amorbach.** Die Steinmehlen auf Sandstein der Firma Gütting befinden sich im Streit.

**Oberdolla u. Mühlhausen (Thür.).** Hier traten am 17. Juli 80 Kollegen in den Streit.

**Schwetler.** Die Verhandlungen mit den Meistern sind gescheitert, 18 Kollegen, also sämtliche Beschäftigten, sind abgereist. Schwetler ist zu meiden.

**Kloster Metten (Bayrischer Wald).** Die Firma Paul Adler ist gesperrt. Grund: kündigungslöse Entlassung eines Verbandsmitgliedes sowie unerhörte Beschimpfung desselben durch den Firmenvorstand P. Adler. Die angebliche Intelligenz unter der hiesigen Meisterschaft ist über die Sperre und unsere Verbandsmaßnahmen sehr aufgeregt, besonders aber tut sich Herr Martin Steininger mit seinem trivialen Geschwätz hervor.

**Brandis (Sachsen).** Das Granitwerk Bruno Preißer ist gesperrt.

**Röhr.** Gesperrt bleibt der Dombau. Zureisende mögen dies besonders berücksichtigen.

**Münster.** Die Aussperrung geht unverändert weiter. Alle Bemühungen der Arbeitgeber, Arbeitswillige heranzuschaffen, scheitern an der Aufmerksamkeit der Ausgesperrten. Wenn die Herren das Geld, das sie für die Ausschickung ihrer Streikbrecher-Agenten ausgeben, ihren Arbeitern zukommen lassen, so würde die Situation bald eine andere werden, denn recht viel mehr macht die Forderung der Arbeiter auch nicht aus. Die Herren Arbeitgeber sind schon ziemlich kleinlaut geworden, sie hatten auch schon öfters die Polizei um besseren Schutz ihrer Arbeitswilligen angefleht, da verschiedene Demonstrationen schon stattgefunden haben.

**Münster.** Platz Moseler ist gesperrt. Zureisende haben sich beim Vertrauensmann J. Rösch zu melden.

**Nothenburg a. Tauber.** Die Eckhardschen Betriebe sind alle gesperrt. Von Schopfloch sollen Arbeitswillige herangezogen werden.

**Saagen (Saxth).** Die Firma M. Zentler erkannte den vorgelegten Tarif für die Plasterer nicht an. Die Kollegen legten die Arbeit nieder, fanden aber anderweitig Unterkommen.

**Zweibrücken.** (Telegramm.) An der Alexanderkirche sind am 31. Juli 15 Kollegen in den Streit getreten.

**Zahr (Baden).** Bei der Firma Meurer sind sämtliche Steinmehlen ausgesperrt.

**Emmendingen (Baden).** Werkplatz Diefenbecher ist noch gesperrt.

**Kaiserslautern.** Wegen vorgenommener Maßregelung durch den Werkführer Amüller, bleibt das Marmorgeschäft Reichel gesperrt.

## Klassenkampf.

Fast stets läßt sich beobachten, daß wenn ein für eine neue wissenschaftliche Erkenntnis geprägter Ausdruck zu einem Schlagwort wird, er seine ursprüngliche wissenschaftliche Bestimmtheit mehr und mehr verliert. Zugleich mit der Zunahme seiner Anwendung verallgemeinert und verflacht sich seine Bedeutung. Das gilt um gleichen Maße für das Darwinische Wort vom „Kampf ums Dasein“, wie für das Marx'sche Wort „Klassenkampf“. Nicht nur findet man heute vielfach jeden gewerkschaftlichen Kampf, auch solchen, bei dem es sich nicht um Erhöhung der Lohnquote breiter Arbeiterschichten auf Kosten des Unternehmerprofits, also um Vergrößerung des Anteils der Arbeiter an ihrem Arbeitsprodukt, sondern um spezielle nebensächliche Berufsinteressen handelt, als Klassenkampf bezeichnet, selbst auf das Streben nach einem weiteren kräftigen Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung wird bereits heute dieses Wort angewandt. Der Gedanke, von dem dabei die betreffenden Politiker und Journalisten ausgehen, ist jedenfalls der, daß alle Bestrebungen, die Position der Arbeiterklasse oder einzelner ihrer Teile in irgend welcher Form wirtschaftlich oder politisch zu stärken, zum Begriff des Klassenkampfes gehören. Diesen weiten Sinn hat aber Marx durchaus nicht mit seinem Wort verbunden; müßten doch nach dieser Logik auch die bürgerlichen Sozialreformer, die von einer Konstituierung der Arbeiterklasse als einer selbständigen, das kapitalistische Wirtschaftssystem bekämpfenden Klasse absolut nichts wissen wollen, als „Klassenkämpfer“ gelten, sofern sie ernstlich für eine Verbesserung der Lage des Arbeiters eintreten.

Die Marx'sche Klassenkampftheorie hängt mit der materialistischen Geschichtsauffassung eng zusammen und ist einer der wichtigsten Bestandteile des soziologischen

Glaubensbekenntnisses dieses Altmeisters. Sie vertritt keineswegs nur die Auffassung, daß es im Verlaufe der bisher bekannten Geschichte mannigfache Klassenunterschiede und Klassengegensätze gegeben hat; sie geht vielmehr über diese bloße Anerkennung von Klassengegensätzen weit hinaus. Sie unterstellt zugleich eine bestimmte Kausalbeziehung zwischen der historisch gegebenen Wirtschaftsordnung und der Klassengliederung, das heißt, sie nimmt an, daß die Struktur der Klassen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt wird, und zwar nicht nur die äußere Struktur, sondern auch der geistige Habitus, die Anschauungs- und Vorstellungsweise der Klassen. Sie schreibt also den Klassen bestimmte auf der Grundlage ihrer verschiedenen materiellen Interessen entstandene verschiedenartige Auffassungskomplexe zu, eine verschiedene Klassenideologie und Klassenethik; und ferner zieht sie die Folgerung, daß wie die Wirtschaftsentwicklung sich nach immanenten Gesetzen vollzieht, auch in den von ihr abhängigen Massenbildungen eine bestimmte Gesetzmäßigkeit zum Ausdruck gelangt.

Der Gedankengang der Marx'schen Klassenkampftheorie ist, kurz resümiert, folgender: Mit der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit vollzieht sich zugleich eine gesellschaftliche Gliederung, die, später durch den Staat sanktioniert und durch seine Machtmittel aufrecht erhalten, zur Herausbildung bestimmter unterdrückter und herrschender Gruppen (Kasten, Stände, Klassen usw.) im Staate führt. Der Charakter dieser Gruppen wird bestimmt durch die Wirtschaftsweise und die Stellung der einzelnen Gruppen im ökonomischen Betriebe; immer aber entsprechen den verschiedenen Lebensbedingungen der Gruppen verschiedene Gruppen- (Klassen-) Interessen, und teilweise durch diese, teilweise durch die verschiedenen Anschauungskreise (richtiger: verschiedenen Komplexe der Anschauungssubstrate) bedingt, verschiedenartige, mehr oder minder voneinander abweichende Auffassungen. Die Folge sind Interessenkonflikte, Klassenkämpfe, deren Ausgang davon abhängt, inwieweit die Vorbedingungen für den Uebergang zu neuen Wirtschaftsformen gegeben sind. Vollzieht sich ein solcher Uebergang, so verändert sich damit auch die soziale Gliederung; es entstehen neue Massenbildungen, neue Klasseninteressen und neue Klassenkämpfe.

So der bisherige Geschichtsverlauf, der sich, wie Friedrich Engels sagt, als eine Geschichte von Klassenkämpfen darstellt, in welchen die einander bekämpfenden Klassen „jedesmal Erzeugnisse sind der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, mit einem Wort der ökonomischen Verhältnisse ihrer Epoche.“

In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft beruht der Klassenkampf auf dem Gegensatz zwischen den Kapitalisten als Besitzern der Produktionsmittel und den zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungenen kapitallosen Lohnarbeitern, die in ihrem Lohn nur einen Teil der durch ihre Arbeit geschaffenen Werte bezahlt erhalten. Ein Gegensatz, der nichts anderes ist, als der auf die Bevölkerungselemente übertragene Gegensatz in der heutigen Produktionsweise, nämlich des Widerspruches, daß zwar die Produktion selbst ein gesellschaftlicher Prozeß geworden ist, das heißt, von vielen auf Grund einer planmäßigen Teilung und Organisation der Arbeit ausgeführt wird, der Ertrag dieses Prozeßes aber nicht der Gesamtheit gehört, sondern von den Besitzern der Produktionsmittel als ihr privates Eigentum betrachtet und angeeignet wird, so daß also dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß eine private Aneignung der Erzeugnisse dieses Prozeßes gegenübersteht. Dieser Gegensatz kommt dem Arbeiter jedoch erst allmählich mit der zunehmenden Ausbreitung des kapitalistischen Systems zum Bewußtsein. Zunächst ist das Ergebnis auf Seiten der Arbeiter nichts als ein mehr oder minder unbestimmtes, instinktives Gefühl der Verschiedenheit der Lebenslage und des Widerspruches gegen diese Verschiedenheit; erst allmählich gelangt die Arbeiterklasse zum Klassenbewußtsein, das heißt zur Erkenntnis des wirtschaftlichen Gegensatzes zwischen sich und den Kapitalisten, und erst dann konstituiert sie sich „als Klasse für sich selbst“, als Kampfpartei. Deshalb sagt auch Marx in seiner zuerst 1847 erschienenen Streifschrift gegen Proudhon: Das Elend der Philosophie (Kapitel über Streiks und Arbeiterkoalitionen): „Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse (die industrielle Arbeiterschaft) eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nun in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen.“

Das Klassenbewußtsein und der auf diesem fußende Klassenkampf ist also selbst ein historisches Produkt. Zunächst hat der Arbeiter als solcher nur einen gewissen Klasseninstinkt. In seiner abhängigen Lage, in der er sich und seine Arbeitsgenossen erblickt, empfindet er instinktiv, daß ein gewisser Gegensatz zwischen ihm und seinem „Arbeitgeber“ sowie den übrigen Unternehmern besteht; aber erst indem er zur Vorstellung fortschreitet, daß die Lohnarbeiter nicht nur seines Gewerbes, sondern auch die der andern Branchen in ihrer Gesamtheit gewisse gemeinsame Interessen haben, daß sie eine Besonderheit im heutigen Staatsleben bilden, und sich zur Verfechtung dieser ihrer

speziellen Interessen, ihrer „Klasseninteressen“ gegenüber den andern Klassen zusammenschließen müssen, entwickelt sich sein Klasseninstinkt zum Klassengefühl. Und dieses Klassengefühl wird erst wieder dadurch zum wirklichen Klassenbewußtsein, wenn der Arbeiter die Entstehung seiner Klasse, ihre Stellung im heutigen Wirtschaftsprozess und ihr durch die geschichtliche Entwicklung bedingtes Verhältnis zu den andern Klassen begreifen lernt.

Das Klassenbewußtsein ist also nicht die bloße Folge der Klassenlage, der Zugehörigkeit zu einer Klasse; es schließt ein gewisses Verstehen der Klassenlage und ihrer historisch-ökonomischen Grundlagen ein. Ein Klassenbewußter Arbeiter ist nicht schon der, der eine Verschiedenheit der Klassen und der Klasseninteressen anerkennt, sondern der sich über die Stellung seiner Klasse in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, ihre Grundlagen und ihre geschichtlich bedingte Entwicklungsrichtung klar ist. Ist aber ein ausgeprägtes Klassenbewußtsein das Erzeugnis einer bestimmten theoretischen Erkenntnis, so kann natürlich auch der zum Klassenbewußtsein gelangen, der nicht Arbeiter ist. Auch Marx und Engels, die Begründer der Klassenkampftheorie, waren keine Arbeiter; während andererseits schon ein flüchtiger Blick auf die Arbeitermassen, die dem Zentrum, den Konservativen und den Liberalen anhängen, zeigt, daß es selbst heute noch große Arbeiterschichten gibt, die über einen völlig unklaren Klasseninstinkt nicht hinaus gelangen. Dieser Mangel an theoretischer Erkenntnis trat auf dem christlichen Gewerkschaftskongress zu Breslau klar zutage.

Vielfach betrachten sich bereits jene als proletarische Klassenkämpfer, die zugeben, daß es verschiedene Klassen gibt, in deren Kampf miteinander auch die Arbeiterklasse ihre bestimmten Interessen zu vertreten hat. Das genügt jedoch keinesfalls. Ein proletarischer Klassenkämpfer ist nur der, der die Erscheinungen des sozialen Lebens unter dem Gesichtspunkt betrachtet, inwieweit sie dem Fortschritt, der historischen Mission der Arbeiterklasse nützen, oder, um mit Lassalle zu sprechen, inwieweit sie dem Zweck dienen, das Prinzip der Arbeiterklasse „zu dem herrschenden Prinzip des Staates und der Gesellschaft zu machen“. Nur wer diese Prüfung vollzieht und sie für sein politisches Wollen und gewerkschaftliches Wirken als Richtschnur nimmt, kann als bewußter Klassenkämpfer gelten. Klassenkämpfer in diesem Sinne findet man aber weit weniger, als man denkt. Zum Beispiel findet man nicht selten auch von solchen, die behaupten, völlig auf dem Boden der Marx'schen Klassenkampftheorie zu stehen, die Forderung ausgesprochen, die Sozialdemokratie müsse sich „zu einer alle Kulturinteressen vertretenden Volkspartei“ erweitern. Tatsächlich beweisen die Vertreter solcher Auffassungen nur, daß sie noch nicht einmal das ABC der Klassenkampftheorie begriffen haben. Was heißt alle Kulturinteressen? Jede Wirtschaftsperiode hat ihre besondere Kultur und Kulturinteressen, und in jeder Epoche hat weiter jede Klasse neben einer Reihe allgemeiner ihre besonderen Interessen. Welche Kulturinteressen soll nun die Sozialdemokratie vertreten? Alle — auch die Kulturinteressen der bürgerlichen Klassen, auch jene, die als spezielles Produkt der heutigen kapitalistischen Kultur notwendig zum Untergang in der sozialistischen Gesellschaft bestimmt sind, oder die dem Wirtschaftsideal der Sozialdemokratie widersprechen? Das wäre ein unfinniges Verlangen. Es hieße an die Arbeiterklasse das Anfinnen stellen, ihre eigenen Existenzbedingungen als politische Kampfpartei selbst zu negieren.

Ebenso steht es mit der Forderung, die Sozialdemokratie müsse sich der Interessen aller sogenannten Unterdrückten annehmen, der Kleinbauern, der Handwerker, der Beamten usw. — aller derer, die sich ausgeschlossen sehen von den glänzenden Errungenschaften der modernen Produktion. Aber diese verschiedenen Klassen haben bekanntlich recht verschiedene Klasseninteressen; soll die Sozialdemokratie auch jene kleinbürgerlichen Klasseninteressen vertreten, die denen der Arbeiterklasse widersprechen, soll sie für eine Politik der Aufrechterhaltung solcher Berufsschichten eintreten, die, durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt, sich der historischen Mission der Arbeiterklasse als Hindernisse in den Weg stellen? Soll sie, wo das Interesse der kleinbürgerlichen „Arbeitgeber“ als Mehrwertsaneignern mit dem der Lohnarbeiter als Arbeitskraftverkäufer kollidiert, sich vielleicht für die kleinbürgerlichen oder kleinbäuerlichen Mehrwertsaneignern entscheiden?

Es sind ganz unmögliche Aufgaben, die mit solchen Forderungen der Arbeiterpartei gestellt werden. Die Befechter einer derartigen Erweiterung der sozialdemokratischen Politik beweisen nur, daß sie noch völlig in den Eierschalen der bürgerlichen Ideologie stecken. Die Sozialdemokratie als Klassenkampfpartei kann immer nur jene Interessen der Nichtarbeiterklasse vertreten, die mit denen der Arbeiterklasse im wesentlichen parallel laufen oder wenigstens nicht mit ihnen irgendwie kollidieren.

## Fällt in den Lokalverwaltungen Euren Posten aus!

Wenn einem Kollegen im Verbands ein Ehrenamt übertragen wird, so ist es seine Pflicht, diesen Posten, soweit es in seiner Kraft steht, auch auszufüllen. Gewiß gibt es in unsern Lokalverwaltungen eine Menge tüchtiger Kollegen, die vollauf ihren Mann stellen. Oft bewundert

man solche Leute, die im Dienste des Verbands sich „aufopfern“. Es ist aber bei den Steinarbeitern schon seit langer Zeit Usus, in den Lokalverbänden alljährlich eine Reihe von Kollegen zu „verbrauchen“. Ein derartiger Wechsel in der Führerschaft in den Zahlstellen liegt nicht im Verbandsinteresse. Allerdings sei nicht verschwiegen, daß oftmals in den einzelnen Filialen deshalb Ergänzungswahlen stattzufinden haben, weil die Vorstandspersonen ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. Wenn so ein Verbandsmitglied in der Filiale das Szepter in den Händen hat, dann ist es allerdings besser, es wird nicht lange gezögert, und sein Posten wird einem Arbeitseifrigeren übertragen.

Nur zu oft werden in den Filialen Fehlgriffe bei der Besetzung von Ehrenämtern gemacht. Wir kennen eine Reihe von Funktionären, die respektvoll ihr Amt als Vorsitzende richtig zur Schau tragen, für den Verband aber nicht das geringste an praktischer Arbeit leisten. Fragen die Mitglieder etwa um dieses oder jenes, dann wird alles zu tun versprochen, in Wirklichkeit aber nichts geleistet. Die Abrechnungen an die Zentrale gehen schlecht ein, die Mitgliedszahlen am Orte weisen eine fallende Tendenz auf, die Versammlungen werden ständig schlecht besucht, die Tagesordnung ist beinahe in jeder Versammlung ein und dieselbe; kurzum, in der Zahlstelle, wo ein reges Verbandsleben herrschen sollte, ist auf allen Gebieten ein Rückschritt zu konstatieren. Man wird einwenden, an solchen Zuständen sind die Mitglieder selbst schuld, denn, wenn einige Vorwärtstrebende erkannt haben, daß etwas faul ist, dann haben sie Remedur zu schaffen. Da liegt eben oftmals der Grund begraben. Kritik kann leicht geübt werden, wer aber kritisiert, muß zeigen, daß er nichts scheut, und selbst an der bessern Ausgestaltung der Filiale regen Anteil nehmen will. Da genügt es nicht, wenn in der Versammlung immer das Kriegsbeil gegen andre geführt wird, wenn es aber gilt, einen Posten zu besetzen, dann ertönt aus dem Munde der Kritiker das blöde: „Nein, ich lehne ab!“ Halten solche Leute dann große Pauken über die Faulheit der „andern“ Mitglieder, so wird niemand auf solche heilsame Ermahnungen Gewicht legen. Ein Geistlicher zum Beispiel, der sehr über die Verstoße des sechsten Gebotes wettet, sich dagegen selbst zum Zeitvertreib am liebsten im Schlafgemach seiner Köchin aufhält, wird mit seinen „Entwürfungen“ gegenüber der zunehmenden Unsitlichkeit in seiner Gemeinde, wo sein Treiben jedem bekannt ist, wenig befähigen können. — Also, wer kritizieren und bessern will, muß auch in der praktischen Arbeit seine Pflicht erfüllen. Gerade in der Arbeiterbewegung muß derjenige es für eine große Ehre ansehen, den die Berufsgenossen an die Spitze der örtlichen Leitung stellen. Tut der Führer seine Pflicht nicht, dann kann auch das übrige Verbandsleben nicht in Flor kommen. Wie oft kam es nicht schon vor, daß da oder dort Veruntreuungen konstatiert werden mußten. Die Revisoren waren sich ihren Pflichten nicht bewußt, der Vorsitzende befürchtete sich nicht um die Kassenangelegenheiten, Revisionen unterließen, und als Endresultat stellte sich heraus, die Kasse ist nicht in Ordnung. Jetzt erst wird mit den Bortwürfen nicht gespart, aber die Einsicht kommt zu spät, nachdem nichts mehr zu retten ist. Ein Vorsitzender muß sich auch über die Kassenverhältnisse informieren; über die Finanzen seiner Zahlstelle muß er jederzeit genau unterrichtet sein. Die Ausrede, die Kassenangelegenheiten gehören nicht zu seinem Ressort, ist nicht stichhaltig. In erster Linie heißt es in Selbstangelegenheiten, im Finanzwesen, bei den Gewerkschaften äußerst peinlich zu sein. Es ist äußerst traurig, wenn eine aufblühende Zahlstelle deshalb wieder zugrunde geht, weil eine Unterschlagung von dem Kassierer begangen wurde. Wir mahnen an dieser Stelle dringend, daß die Revisoren, sowie die Vorsitzenden, in Zukunft die Revisionen öfter als bisher vornehmen möchten. Lieber mehr Revisionen und immer alles in Ordnung befunden, als keine oder eine mangelhafte Kontrolle, die es dann ermöglicht, daß sich der Kassierer in unschöner Weise an den Verbandsgeldern vergreift. Seit der Einführung der Verbandsform, es muß dieses konstatiert werden, können Unterschleife in der Verbandskasse nur höchst selten vorkommen. Die Verhältnisse in den Lokalkassen sind bei den Sparkassen anzulegen. Die abgelieferten Beträge sind auf die Namen von drei Verbandsmitgliedern einzutragen. Neben unsre führenden Kollegen in den Zahlstellen Vorwärt, dann können Unterschleife nur in den äußerst seltensten Fällen vorkommen.

## Zum Kampf im Muschelkalkgebiet.

Unentwegt und in immer schärferen Formen wird dieser Kampf, der nun schon die zehnte Woche währt, auf beiden Seiten weitergeführt. Es ist allem Anschein nach nicht daran zu denken, daß derselbe in nächster Zeit seinem Ende entgegengeht, da das Unternehmertum, dem es ja hier an schärfmaderischen Tendenzen nicht fehlt, lieber einen ganzen Industriezweig ins Stocken geraten läßt, ehe es den gerechten Wünschen der Arbeiter nur in einigen Punkten entgegenkommt. Draufschrei als bei diesem Kampfe kann wohl die Theorie und Praxis der Arbeitgeberverbände nicht mehr zum Ausdruck gebracht werden. Auf den Verbandstagen der Unternehmer finden sich Leute, die es einsehen, daß ein einheitlicher Tarif für die Steinindustrie geschaffen werden solle, um die Schmutzkonzurrenz zu beseitigen. Aber da, wo es durch die Konzentration eines Industriezweigs am leichtesten möglich wäre, dieser Industrie einen festen Halt im Gewerbe zu verleihen, bekämpft man diejenigen, die dieses Bestreben haben, mit den erbärmlichsten Mitteln. Da es in diesem Gebiete wenig Unternehmer gibt, die selbst schon praktische Erfahrungen durch Abschüsse von Tarifverträgen gemacht haben, hat ja Herr Dittmer-Berlin hier leicht zu operieren. Nach den Gesprächen einzelner Unternehmer zu schließen, hat „Er“ hier wieder das Märchen von der „Schraube ohne Ende“ zum besten gegeben und auch genug Leute gefunden, die diese „geistreiche“ Kost verschluckt haben. Wir können aber durch richtige Verfolgung der Steinarbeiterbewegung beweisen, daß an Orten, wo ein momentaner Niedergang der Industrie eingetreten war, die Arbeiter sich auch dazu herbeiließen, Tarife zu reduzieren, ohne in einen Kampf einzutreten. (Beweise: Schlesien und Berlin.) Daß aber der Arbeiter da, wo ein Aufblühen einer Industrie zu verzeichnen ist und zugleich die Lebensmittel rapid steigen, auf eine Besserstellung seiner wirtschaftlichen Lage verzichten soll, wird man doch dem Dummsten nicht mehr zumuten wollen. Hier handelt es sich nicht mehr um die For-

derungen der Arbeiter, sondern darum, denselben ein für allemal den Gedanken an einen Zusammenschluß zur Besserstellung ihrer Lebenshaltung aus dem Kopfe zu schlagen. Dafür können wir durch die Haltung der Streikenden heute schon garantieren, daß dies nicht geschieht, mag der Kampf enden, wie er will. Es sind dann höchstens neue Kämpfe zu erwarten, wodurch eine ruhige Entwicklung der Kalksteinindustrie ausgeschlossen ist.

Bis in die letzte Zeit hinein beklagten sich die Berliner Unternehmer immer über die Konkurrenz im Maintale. Mehr als einmal sagte Herr Pischke-Bunzlau: Geht hin ins Maintalgebiet und organisiert dort die Leute, damit die Löhne für die Arbeiter gebessert werden. Nun, wir haben im ganzen Maintalgebiet eine festgefügte Organisation, aber gerade Berliner Firmen sind es, die sich hier einnisteten und die jetzt unsere Forderungen am schärfsten bekämpfen. Herr Schilling, der Berliner Hoffsteinmeister, welcher in allen deutschen Steinbruchdistrikten Steinbrüche besitzt, hatte im Jahre 1905 selbst die Absicht, mit uns hier einen Tarif abzuschließen, und bemerkte hierbei, der Tarif solle für das ganze Muschelkalkgebiet Geltung haben. Hat denn Herr Schilling, der größte Steinbruchindustrielle, gar keinen Einfluß mehr in der Meistervereinigung? Oder war es bloß Phrase im vorigen Jahre, daß er einem allgemeinen Tarif das Wort redete? Wir meinen, eine solche Schwankung innerhalb eines Jahres beweist, daß man auf die Anschauungen der Unternehmer sehr wenig geben kann.

Wenn die Herren Meister denken, den Steinarbeiterverband bei der Festsetzung der Arbeitslöhne in Zukunft beiseite schieben zu können, dann sind sie gewaltig auf dem Holzwege.

Ueber die Schädlichkeit des wilden Akkordsystems sagt der Gewerbeinspektionsbericht 1905 für Unterfranken folgendes:

Dem Akkordlohn wird allerdings in der Hauptsache der Rußfunkt des betreffenden Stücks zugrunde gelegt; der für die Bearbeitung erforderliche Arbeitsaufwand richtet sich aber neben der Größe des Stücks ganz besonders auch nach der Art der Arbeit (beispielsweise nach der mehr oder minder reichen Profilierung usw.), dann auch nach der nicht immer gleichen Härte des Steins, Faktoren, die meist durch Schätzung Berücksichtigung finden. Dadurch wird die ganze Preisfestsetzung mehr oder minder willkürlich; sie richtet sich dann häufig mehr nach der augenblicklichen Geschäftslage und läßt dadurch den Unternehmern bei Submissionen einen weiten Spielraum. Ein weiter beklagter Umstand ist der, daß die Poliere häufig nicht in der Lage sind, auch berechtigt erscheinenden Einwendungen der Arbeiter entsprechend Gehör zu schenken und die maßgebenden Personen wegen des entfernten Betriebsortes selbst nicht zu sprechen sind. Die Lohnfestsetzung ist eigentlich immer eine einseitige von Seiten des Unternehmers, eine Vereinbarung im eigentlichen Sinne findet nicht statt. Das sogenannte Aufbänken der Steine mit dem Transport zum Arbeitsplatz ist fast durchweg im Akkordpreis mit inbegriffen. Nachdem aber die Arbeit nie oder doch nur in den seltensten Fällen von dem betreffenden Arbeiter allein besorgt und im Akkord auch nicht gut die Zeit berücksichtigt werden kann, welcher der Arbeiter auch noch zur Mithilfe beim Aufbänken anderer Steine braucht, werden die ständigen Klagen über das bereits erwähnte Akkordsystem nur vermehrt. Bei schweren Steinen und bei größerer Entfernung der Lagerstätte von der Arbeitsbude führt dieses Verhältnis dazu, daß die Arbeiter die Steine gleich an der Lagerstätte bearbeiten und so indirekt des Schutzes des § 4 der Bekanntmachung betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien vom 20. März 1902 (Reichsgesetzblatt Seite 78) verlustig gehen.

Zu dem allem kommt nun aber der von den Arbeitern, wie schon erwähnt, am meisten beklagte Umstand, daß die Löhne häufig erst am Zahltag, also nachdem das Stück bereits bearbeitet ist, bekannt gegeben werden. In diesem Falle kann nur von einer Lohnfestsetzung seitens des Unternehmers, in keiner Weise aber mehr von einer Vereinbarung gesprochen werden, da der Arbeiter nach Fertigstellung der Arbeit gezwungen ist, zu nehmen was er bekommt.

Dieses unregelmäßige Lohnverhältnis wird in keinem andern Berufe, auch nicht in dem verwandten Baugewerbe angetroffen. Es hat sich wohl nur infolge der eigenartigen Arbeiterverhältnisse, dem vielfach vorhandenen eigenen Haus- und Feldbesitz der Arbeiter in dieser Form erhalten können.

So der amtliche Bericht über die hiesigen Lohnverhältnisse. Das raffinierte Vorgehen der Unternehmer bei der Akkordabrechnung wird hier mit wenigen Sätzen äußerst grell beleuchtet. Die hiesigen Unternehmer sind allem Anschein nach Vernunftgründen nicht zugänglich, sie haben nur die wirtschaftliche Unterdrückung ihrer Arbeiter im Auge.

Vielleicht kommen sie noch zur Einsicht, daß es besser war, mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln, als sie zu ignorieren.

## Internationaler Bericht pro 1. Halbjahr 1906.

Deutschland. Recht lebhaft setzte das Verbandsleben mit dem Beginn des Jahres 1906 ein. Die Konjunktur ist eine flottergehende, insbesondere in der Granitindustrie. Es können nicht mehr genügend Pflastersteine produziert werden. In Deutschland wird in allen Gewerkschaften fieberhaft gearbeitet, um die Mitgliederzahl in die Höhe zu bringen. Ueberall sind glänzende Erfolge aufzuweisen. Selbstredend blieben die Steinarbeiter bei diesem Vorwärtstreiben nicht zurück. Wir agitieren mit Hochdruck. Große Wanderungen brachte der Kongress vom 2. bis 8. April in Nürnberg. Es wurde eine Krankenzuschußkasse eingeführt. Die bezügliche Beitragsrechnung betrug pro Woche 10 Pfg. Auch die zwei jährlichen Zeitungsnummern zu 50 Pfg., desgleichen die Delegiertenmarken kamen in Wegfall und wurde dadurch der Beitrag um weitere 5 Pfg. pro Woche erhöht, somit ist eine totale Beitragsreduzierung von 15 Pfg. pro Woche beschlossen. Die Beiträge gestalten sich nun wie folgt: 1. Klasse 60 Pfg. pro Woche, 2. Klasse 55 Pfg., 3. Klasse 45 Pfg. pro Woche.

Der Kampffonds der Kasse inklusive der lokalen Fonds beträgt etwa 300 000 Mk. Um die Agitation zu fördern, wurden fünf festbesoldete Gauleiter neu angestellt. Auch im Zentralbureau sind Veränderungen eingetreten. Bis 1905 waren nur drei Beamte beschäftigt, heute sind es deren fünf. Ueberall unerwarteter Fortschritt. Die Fachzeitung erscheint in einer Auflage von 22 000 Exemplaren; vom 1. Juli ab mit regelmäßiger

Beilage. Die Ausgaben für die Presse sind auf 25—30 000 Mk. pro Jahr angelegt. Das verfloßene Jahr brachte einen Mitgliederzuwachs von 7—8000 Mann. Unsere größte Aufmerksamkeit müssen wir auf die Bruchgebiete lenken, da die Arbeiter sich immer mehr und mehr in diese Gebiete zurückziehen. — Dieses Jahr bringt anscheinend mehr Streiks als das letzte, so befinden sich in einem Orte allein schon längere Zeit über 600 Mann im Ausstand. Daß für solche Streiks größere Kassafonds nötig sind, ist begreiflich. Glücklicherweise bezahlen unsere Mitglieder so viel als wir gebrauchen, wodurch die frühere Sammlerei aufgehört hat.

Es ist zu konstatieren, daß der deutsche Verband sich nunmehr Einrichtungen geschaffen hat, die es ihm ermöglichen, den Klassenkampf in schärfster Art zu führen. Aber auch die Unternehmerorganisationen machten anscheinliche Fortschritte.

Belgien. Aus den Verhandlungen des Kongresses vom 3. Juni entnehmen wir folgendes: Vertreten waren 27 Gewerkschaften durch 30 Delegierte. Der Schwerpunkt war die Einführung des Zehnstundentages. In Soignes sind 70 Kollegen im Streik. Trotzdem die Beiträge so niedrig sind, 25 Cts. pro Jahr, werden sie mangelhaft bezahlt. (Und da sollen die Unternehmer Respekt haben. Red. d. St.) In Sachen des Zehnstundentages wurden 40 000 Flugblätter verteilt und viele Agitationsversammlungen abgehalten und Unterhandlungen mit den Meistern gepflogen. Diese aber haben rundweg jede Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt. Die Auflage des Verbandsorgans ist 2400. Ein Antrag, der Verband möge sich in der Politik neutral verhalten, wurde verworfen.

Schweden. Da diese Zeit des Jahres, nämlich das erste Quartal, sozusagen der toten Saison betreffend Lohnbewegung angehört, so hat eine zufällige und wohlthuende Ruhe stattgefunden, bevor eine jetzt in Sicht tretende Lohnbewegung ernstlich anfängt.

Jedoch ist die Ruhe etwas gestört worden, indem wir die Wirkungen, die großen Kraftanstrengungen des verlaufenden Jahres bis und mit Monat März, gespürt haben.

In diesem Quartal haben 25 Familienversorger mit 45 Kindern, sowie 6 Ledige während 12 Wochen eine Unterstützung erhalten von 320 Kr. pro Woche, oder zusammen 3845 Kr. Hierzu sind 2223 Tagesverdienste verloren gegangen. Diese kleinen Katastrophen sind hauptsächlich der Empfindlichkeit der Arbeitgeber zuzuschreiben, sind aber doch mit ziemlich gutem Resultat belegt worden und herrscht in unserm Verbands die beste Zuversicht.

Die Mitgliederzahl ist auf Grund der Werkstattaussperrung bedeutend gesunken, ebenso haben wir leider einen großen Teil wegen Nichtbezahlung der Beiträge suspendieren müssen. Anfangs des Quartals betrug die Mitgliederzahl 2512 und verteilte sich auf 79 Abteilungen. Während des Quartals hat eine ziemlich gute Zunahme stattgefunden und beträgt nun die Mitgliederzahl am Ende desselben 3000, die sich auf 84 Abteilungen verteilen. Wir haben überhaupt Ausichten auf einen guten Zuwachs.

Die ökonomische Stellung des Verbandes zeigte u. a. am Anfang des Quartals einen Kassenbestand von 13 599,46 Kr. Die Einnahmen im Quartale betragen 10 894,80 Kr., die Ausgaben 6836,22 Kr., somit am Schlusse desselben einen Kassenbestand von 17 657,44 Kr. Außerdem besitzt der Verband in Wertpapieren 10 942,50 Kr., sowie in Inventar und Arbeitsmaterial 1143,91 Kr.

Norwegen. Aus den Verhältnissen des Verbandes zu seiner eigenen Berufsorganisation entnehmen wir folgendes:

Der Verband ist daran mit 3650 Kr. beteiligt. Das Aktienkapital beträgt 5000 Kr. gleich 1000 Aktien à 5 Kr. Die Genossenschaft wird vom Präsidenten und zwei Mitgliedern geleitet, welche die Preise, Löhne, Arbeitszeit usw. zu bestimmen haben; immerhin auf Grundlage der Generalversammlungsbeschlüsse.

Serbien. Die Organisation zählt 190 Mann. Die Beiträge sind noch gering und können bei Streiks nie für richtige Unterstützung ausreichen. Letztes Jahr wurde durch einen Streik die Akkordarbeit abgeschafft und ein Lohnminimum von 50 Cts. per Stunde festgesetzt. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Nun trachten die Meister danach, diese demalige Vereinbarung umzuwerfen, weshalb die Organisation vor einer neuen Bewegung steht.

Frankreich. Aus der Abrechnung des Bauarbeiterverbandes, wo bekanntlich unsere Steinarbeiter angegeschlossen sind, entnehmen wir folgende Posten: Einnahmen 1224,83 Fr., Ausgaben 1194,67 Fr.; bleibt in Kassa 30,14 Fr.

Man sieht hieraus, daß in Frankreich die Organisationen ohne irgendwelche finanziellen Mittel arbeiten. Streiks waren und sind teilweise noch unerledigt: in Marseille, wo Stundenlöhne von 40—60 Cts. gefordert wurden; in Paris seit 1. Mai, wo bis heute die Arbeit noch nicht aufgenommen wurde, hier wird für den Achtstundentag gekämpft.

Spanien. Der Verband zählt gegenwärtig 1889 zahlende Mitglieder in 33 Sektionen. Durch die gegenwärtige Krisis nimmt die Mitgliederzahl eher ab als zu. Mit den gleichen Verhältnissen haben alle Berufe der Baubranche zu rechnen. — Das Zentralkomitee befindet sich vor jetzt ab: Pringipe 61 (Centro Obrero) in Vigo.

Holland. In Arnheim befinden sich die Steinarbeiter im Streik. Sie fordern für Sandsteinhauer 26 Cts. pro Stunde und für Granithauer 24 Cts. — Das Zentralkomitee befindet sich zurzeit im Haag. Adresse: J. Peters, Van der Vennestraat 55, Haag.

Schweiz. Mit Ausnahme von 5—6 Sektionen standen alle andern in Bewegung. Der Verlauf derselben kann als ein sehr befriedigender bezeichnet werden. Mit Ausnahme von 5 Orten konnten alle Bewegungen ohne Streit beendet werden und nur einer der Streiks dauerte 6 Wochen. In der Sandsteinbranche wurde fast allerorts die neunstündige Arbeitszeit eingeführt und die Löhne um 10—20 Prozent erhöht. In der Kalksteinbranche wurde speziell die Arbeitszeit verkürzt, die Akkordarbeit teilweise abgeschafft. Die Bewegung der 15 Granitarbeitersektionen Uri und Tessin konnte ebenfalls mit Erfolg durchgeführt werden, wenn auch der betreffende Trust große Hartnäckigkeit zeigte. Zu bedauern ist nur die Stellung einiger Sektionen gegenüber dem Verband. Statt ihm dankbar zu sein, stellen sie unannehmbare Forderungen; statt die Beiträge zu bezahlen, fassen sie Protestresolutionen und treten vom Verbande zurück.

Sektionen wurden wieder einige neue gegründet, so daß die Mitgliederzahl trotz der Austritte der Tessiner Sektionen nicht zurückgegangen ist.

Der letzte Kongress hat an Stelle der Monatsbeiträge die Wochenbeiträge eingeführt und auf 25 Cts. festgesetzt. Die Meister sind ziemlich gut organisiert und ist deren Verband fortwährend bestrebt, alle unsere Bewegungen zu verhindern.

Ungarn. In letzter außerordentlicher Generalversammlung wurde beschlossen, sich dem Bauarbeiterverbande anzuschließen, indem es die Regierung unmöglich machte, daß die Steinarbeiter für sich einen Verband hätten bilden können. Auch das Verbandsorgan wurde mit dem Organ des Bauarbeiterverbandes verschmolzen.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Das Adressenverzeichnis ist fertiggestellt und den einzelnen Zahlstellen gehen davon umgehend 10—20 Exemplare zu. Da das Verzeichnis auf einer einfachen Beilage im Steinarbeiter nicht unterzubringen war, nahmen wir Abstand, dasselbe in der Fachzeitung zu publizieren, wir liegen es in Heftform herzustellen. Den Einzelzahlern wird das Verzeichnis mit der nächsten Steinarbeiterzeitung überwiesen.

# Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1905.

I.

Der gewaltige Aufschwung der deutschen Gewerkschaftsbewegung im verfloffenen Jahre spiegelt sich klar in der Statistik über die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle wider, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gewerkschaftskartelle in ihrer Gesamtheit zu dem Fortschritt der Bewegung ihr gut Teil beigetragen haben. Wir sagen, in ihrer Gesamtheit, indem wir die gesamten Kartelle als ein

Jahr	Berichtet ist von		Zahl der			Lokalvereine sind		Einnahme ohne Streiksammlung	Ausgabe ohne Streikunterstützung	Streikunterstützung		
	Kartellen	Prozent aller Kartelle	Mitglieder	ange-schlo-sse-ner Gewerksch.	nicht an-geschlo-sse-ner Gewerksch.	in Kartellen	insgesamt			aus der Kartellkasse	aus Sammlungen	
1901	319	90,0	3995	481 718	328	28	58	10 572	294 189	208 349	27 346	214 104
1902	365	93,0	4742	614 722	339	36	84	12 598	272 394	285 468	14 023	60 739
1903	387	93,5	5207	758 723	312	30	60	9 241	435 466	305 218	60 870	717 525
1904	405	93,5	5559	924 026	348	25	44	9 824	395 712	398 601	43 976	263 822
1905	465	96,9	6495	1 180 940	363	18	41	16 870	512 394	499 671	84 077	878 715

einheitliches Ganzes betrachten. Legt man aber die Sonde der Kritik an die Tätigkeit der einzelnen Kartelle, dann ergibt sich, daß leider nicht alle einen Anspruch darauf erheben können, hier Lobend erwähnt zu werden. Von Gewerkschaftskartellen, die die ihnen zugehenden Schriftstücke aus Gewerkschaftskreisen trotz wiederholten Ersuchens und Bittens nicht einmal beantworten, kann man sicher nicht behaupten, daß sie ihre Aufgaben zu erfüllen bestrebt seien.

Dieser Vorwurf trifft insbesondere auch die Kartelle, die sich an der Statistik nicht beteiligen, indem sie die ihnen von der Generalkommission zugehenden Fragebogen nicht ausfüllen resp. dieselben nicht zurücksenden, so daß infolge des Fehlens der erforderlichen Angaben sie in der Statistik nicht geführt werden können.

Von den Ende 1905 bestehenden 480 Kartellen sind 465 = 96,9 Proz. an der Statistik beteiligt. Die Beteiligung ist somit stärker als in den Vorjahren und hoffentlich gelingt es im nächsten Jahre, sämtliche Kartelle zur Berichterstattung heranzuziehen. Wenn die 15 Kartelle, die in dieser Statistik fehlen, dies nachträglich nicht selbst unangenehm empfinden, für die Statistik ist ihr Fehlen nicht von Bedeutung. Sind es doch fast ausnahmslos solche Orte, in denen eine Gewerkschaftsbewegung von nennenswerter Bedeutung nicht vorhanden ist.

Die an der Statistik beteiligten 465 Kartelle umfassen 6495 Gewerkschaften mit insgesamt 1 180 940 Mitgliedern, von denen 16 870 in 41 Lokalvereinen und 1739 in sonstigen, der Generalkommission nicht angeschlossenen Gewerkschaften organisiert sind. Von den am Schlusse des Jahres 1905 in den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden organisierten, deren Zahl 1 429 408 betrug, sind demnach 1 162 331 = 81,3 Proz. in den Gewerkschaftskartellen vereinigt.

Die den Kartellen angeschlossenen Lokalvereine sind gegen das Vorjahr wieder um drei zurückgegangen, dagegen ist die Gesamtzahl der Mitglieder derselben von 9824 auf 16 870 gestiegen. Die Zunahme bedeutet jedoch kein Anwachsen der Mitgliederzahlen in den einzelnen lokalen Vereinen, sondern sie resultiert lediglich daraus, daß die Berliner Gewerkschaftskommission dem Lokalverein der Berliner Hausdiener, der rund 7000 Mitglieder zählt, den Anschluß gestattet hat. Unse wiederholt aufgestellte Behauptung, daß die Kartelle sich mehr und mehr zu Interessenvertretungen der in den Zentralverbänden organisierten entwickeln, wird durch diese Vermehrung der den Kartellen angeschlossenen Lokalfilialen nicht erschüttert. Die Entwicklung der Kartelle, wie sie in der vorstehenden Tabelle, welche die wichtigsten Ziffern aus den Statistiken der letzten fünf Jahre enthält, zur Darstellung kommt, bestätigt vielmehr vollkommen unsere Behauptung.

Die Zahl der angeschlossenen Organisationen beträgt 936 mehr als im Jahre 1904. 66 Kartellen sind weniger als 6 Organisationen angeschlossenen, 161 Kartelle umfassen 6 bis 10 Organisationen, in 208 Kartellen sind mehr als 10 bis 30 Organisationen und in 30 Kartellen sind mehr als 30 Organisationen vereinigt. In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Kartelle mit mehr als 30 Organisationen um 10 vermehrt. Eine größere Vermehrung der Kartelle mit mehr als 30 Organisationen dürfte für die nächste Zeit kaum zu erwarten sein, da in größeren Städten neue Organisationen nur selten noch zu gründen und soweit dies der Fall, wird die dadurch verursachte Vermehrung durch Verschmelzung anderer Organisationen wieder aufgehoben.

Während die Kartelle mit geringer Mitgliederzahl seit 1901 nicht zugenommen haben, weisen die Kartelle mit größerer Mitgliederzahl eine andauernde Zunahme auf. Die Kartelle mit nicht mehr als 300 Mitgliedern sind seit 1901 um 2 Proz. zurückgegangen. Zugenommen haben dagegen die Kartelle

mit 2501—5000 Mitgliedern	um 58,3 Proz.
5001—10000	47,8
10001—25000	44,4
über 25000	25,0

Von den 1 180 940 in den Kartellen vereinigten Gewerkschaftsmitgliedern sind 743 634 = 59 Prozent in den 41 Großstädten. Trotzdem blieb im letzten Jahre die Mitgliederzunahme in den Großstädten hinter der, welche im allgemeinen die Gewerkschaften zu verzeichnen haben, zurück. Die Gesamtmitgliedszahl in den deutschen Gewerkschaften betrug Ende 1905 1 429 408 gegen 1 116 723 Ende 1904. Das ist eine Zunahme von 28 Prozent, während die Zunahme in den Großstädten von 595 862 auf 743 634 nur 25,6 Prozent ausmacht; ein Zeichen, daß sich der Mitgliederzuwachs besonders in den mittleren Städten vollzogen hat. Zwar weist Berlin allein eine Zunahme von über 43 Proz. auf. Auch einige andre Städte haben eine Zunahme von über 25 Proz. aufzuweisen, jedoch ist in einigen Städten, welche in den letzten Jahren einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen haben, die Gewerkschaftsbewegung nicht in der gleichen Weise fortgeschritten.

Besonders auffallend ist der Rückgang der Mitgliederzahlen in einigen Städten, der, wie in den beiden Schwesterstädten Barmen und Elberfeld nicht unbedeutend ist. Es handelt sich jedoch hierbei nicht lediglich um einen Austritt aus den gewerkschaftlichen Organisationen, sondern teilweise um den Austritt der Organisationen aus den Kartellen.

Die größte Zahl der den Kartellen angeschlossenen Zweigvereine hat der Holzarbeiterverband aufzuweisen: 421, ihm folgen die Verbände der Maurer mit 392, Metallarbeiter 382, Zimmerer 329, Maler 272, Schneider 249, Buchdrucker 240. Letztere stehen auch in diesem Jahre wieder mit der größten Zahl der nicht angeschlossenen Zweigvereine oben an, und zwar mit 56, genau wie im vorigen Jahre.

In 199 Orten bestehen Zweigvereine der Zentralverbände, welche den Kartellen fernstehen. Vielfach sind es

neu gegründete Organisationen, die noch nicht in der Lage sind, Beiträge in die Kartellkasse zu zahlen, oft sind es faktische Fragen, welche die Organisationen veranlassen, sich den Kartellen nicht anzuschließen oder aus denselben auszutreten, eine prinzipielle Gegnerchaft dürfte unter den Mitgliedern der Zentralverbände wohl kaum noch vorhanden sein.

## Die Wahrheit über die Berufsgenossenschaften.

In den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung ist bekanntlich die Verwaltung ganz den Unternehmern ausgeliefert, die Arbeiter haben gar nichts mitzureden. Und das, obgleich es sich hier um das gute Recht und die Gelder der Arbeiter handelt. Die Unfallversicherung soll ja den verunglückten Arbeitern den Ersatz des Schadens sichern, den die Arbeiter durch Betriebsunfälle erleiden. Und die Gelder, welche die Unternehmer zu der Arbeiterversicherung beisteuern, ist nur ein Teil des Arbeitslohnes, den die Arbeiter durch ihre Arbeit fauer genug verdienen müssen. Daher ist die Rechtlosigkeit der Arbeiter in bezug auf die Verwaltung der Berufsgenossenschaften eine arge Ungerechtigkeit. Sie hat aber auch in der Praxis zu unerträglichen Mißständen geführt. Naturgemäß ist es in der Regel das Bestreben der maßgebenden Unternehmer in den Berufsgenossenschaften, die Unfallversicherung für die Unternehmer möglichst billig zu machen. Dies führt nur zu oft dazu, daß die verunglückten Arbeiter aufs schwerste gedrückt werden. Zunächst dauert es viele, viele Wochen, bis die verunglückten Arbeiter überhaupt etwas von einer Entschädigung seitens der Berufsgenossenschaft zu hören bekommen. Inzwischen ist die Unterstützung der Krankenkassen längst abgelaufen, die verunglückten Arbeiter stehen ohne Hilfe da, sind der schlimmsten Not preisgegeben, ja fallen vielleicht der Armenpflege anheim — alles dies trotz ihres guten Rechtes auf Unfallentschädigung. Ein nicht unerheblicher Teil der Arbeiter erfährt schließlich, daß es keine Entschädigung gibt, weil der Unfall nicht ein Betriebsunfall im Sinne der Unfallversicherungsgesetze ist. Diejenigen verunglückten Arbeiter aber, denen endlich eine Entschädigung gewährt wird, werden nur zu oft — wenn die Entschädigung auch noch so gering ist — in ganz kurzen Zwischenräumen von den Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaften untersucht. Diese Herren sprechen sich selbst dann für die Herabsetzung oder Aufhebung der Unfallrente aus, wenn sie zwar eine Besserung nicht feststellen können, aber doch meinen, der Arbeiter werde sich an seinen verkrüppelten Zustand gewöhnt haben.

Diese Behandlung verunglückter Arbeiter hat mit vollem Recht große Erbitterung unter den Arbeitern hervorgerufen. Danach fragte bisher das Unternehmertum nicht das geringste. Die Berufsgenossenschaften sind ja vor jeder Belästigung durch die unzufriedenen Arbeiter bewahrt — mögen die Arbeiter daher am Biertische so viel „schimpfen“, wie sie wollen. Die meisten Berufsgenossenschaften betrieben nach wie vor ihre „Sparbarkeit“ auf Kosten der verunglückten Arbeiter. Die Arbeiter aber begnügten sich nicht mit dem „Schimpfen“, sondern sammelten, namentlich durch ihre Arbeiterssekretäre, das Material zum Beweise der arbeiterfeindlichen Praxis der meisten Berufsgenossenschaften und bringen es an die Öffentlichkeit. In den Berichten der Arbeiterssekretäre wird jedes Jahr eine ganze Reihe tatsächlich vorgekommener Fälle von ungehöriger Behandlung verunglückter Arbeiter aufgeführt und dadurch die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Mißstände gelenkt. Auch unsere Vertreter im Reichstage bringen die Beschwerden der Arbeiter zur Sprache und verlangen immer wieder, daß die Unfallversicherung von den Arbeitern verwaltet wird.

Das scheint mit der Zeit gewissen Herren recht unbequem geworden zu sein, denn einer von ihnen stimmt in dem „Zentralblatt der Deutschen Arbeitgeber-Verbände“, der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung, ein gar jämmerliches Klagegedicht über die „Spararbeit gegen die Berufsgenossenschaften“ an. Freilich kann selbst dieser Mann die Beschwerden der Arbeiter nicht als unbedeutend abtun. Die Angriffe auf die Berufsgenossenschaften gesteht er ein, „sind ja nicht neueren Datums, und einer jeden Kritik darf man ihre Berechtigung zusprechen“. Aber, so fährt er fort, die Sozialdemokratie wolle nur durch tendenziöse Darstellung die öffentliche Meinung irreführen und bewußt Unfriede und Verhetzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen. Und nun führt er uns ein „wahrhaft klassisches Beispiel solcher Verdrehungs- und Agitationskunst“ vor. Der Vorwärts habe in einem Artikel den Nachweis zu liefern gesucht, daß die Unternehmer durch die Unfallversicherungsgesetze allein im Jahre 1904 gegen 33 Mill. Mark erspart hätten. „Diesen Unfimm auch nur widerlegen zu wollen, das hieße dem Verfasser jenes Elaborats zu viel Ehre antun.“

Mit dieser nichtsagenden Redensart spekuliert aber der Mann nur auf den Beifall solcher Leser, die gedankenlos seine Worte als wahr hinnehmen. Ueberlegen wir uns die Sache genauer, so finden wir, daß der Nachweis des Vorwärts seinen guten Sinn hat. Nach den Unfallversicherungsgesetzen wird den verunglückten Arbeitern nicht der ganze Schaden ersetzt, den sie durch die Unfälle erleiden. Die sogenannte Vollrente beträgt nur zwei Drittel des Ar-

beitslohnes des verunglückten Arbeiters. Ebenso bekommt die Witwe eines verunglückten Arbeiters nur ein Fünftel bis drei Fünftel des Arbeitslohnes ihres verstorbenen Mannes usw. Nun erfordert es aber die Gerechtigkeit, daß dem verunglückten Arbeiter unter allen Umständen der volle Schaden ersetzt wird. Der Arbeiter muß seine ganze Kraft in den Dienst der Unternehmer stellen. Die Unternehmer ziehen aus der Arbeit der Arbeiter ihren Profit, der übrig bleibt, nachdem von dem Ertrage der Arbeit den Arbeitern ihr Anteil — der Arbeitslohn — ausgezahlt ist. Nun muß aber der Arbeitslohn nicht nur dazu reichen, daß der Arbeiter in der Zeit seiner Arbeitsfähigkeit seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, sondern auch dazu, daß für ihn und seine Familie in der Zeit seiner Arbeitsunfähigkeit gesorgt ist. Das ist aber nicht durch wenige Beteilppennige als sogenannte Unfallrente für einen verunglückten Arbeiter erreicht, sondern nur dann, wenn ihm der volle Schaden, den er durch einen Unfall erlitten hat, ersetzt wird. Mithin gehört zum notwendigen Arbeitslohn nicht nur der Lohn, der dem Arbeiter für jeden Arbeitstag in Geld ausbezahlt wird, sondern auch der Anspruch auf vollen Schadenersatz für die Folgen eines Unfalls. Diesen Standpunkt haben die Sozialdemokraten bereits seit jeher vertreten. Trotzdem ist den verunglückten Arbeitern in den Unfallversicherungsgesetzen eine ganz ungenügende Unfallentschädigung festgelegt worden. Dadurch werden die Arbeiter in der Tat in jedem Jahre um viele Millionen geschädigt, die Unternehmer aber sparen dieses Geld am Arbeitslohn und stecken es als Profit in ihre Tasche. Der Vorwärts hatte daher vollständig recht, wenn er die Arbeiter auf den großen Schaden aufmerksam machte, den sie durch die Unfallentschädigung erleiden.

Der Artikelschreiber der Arbeitgeber-Zeitung fürchtet denn auch offenbar, daß die denkenden Arbeiter sehr schnell die wahre Bedeutung unserer Unfallversicherung und die Praxis der Berufsgenossenschaften erkennen. Er empfiehlt daher, um dieser gefährlichen Erkenntnis vorzubeugen, daß die Unternehmer „in geeigneter Weise für genügende Kenntnis und Würdigung des Gesetzes bei den Arbeitern wirken“ mögen. Dazu sei zweierlei notwendig. Erstens müsse den Arbeitern auseinandergesetzt werden, daß sie gar nicht mehr verlangen können, als die Berufsgenossenschaften zu gewähren sich herbeilassen; zweitens seien den Arbeitern die vielen Millionen vor Augen zu halten, welche die Berufsgenossenschaften im Laufe der Jahre für die verunglückten Arbeiter geopfert hätten. Die Unternehmer mögen das nur tun. Dadurch lenken sie die Aufmerksamkeit auch des letzten Arbeiters auf diese wichtigen Fragen. Und daß die Arbeiter weder durch schöne Worte noch durch große Zahlen getäuscht werden können, dafür sorgt die praktische Erfahrung, die ihnen nach jedem Unfall von neuem zeigt, wie ungenügend und ungerecht die Unfallentschädigung in dem einzelnen Fall ist.

## Korrespondenzen.

**Göttingen.** In der am 24. Juli abgehaltenen Versammlung gab der Kassierer zunächst die Abrechnung bekannt. Unse Einnahme betrug im 2. Quartal 686,94 Mt., die Ausgabe 346,17 Mt. Bleibt ein Bestand von 340,77 Mt. Der Ortsfonds betrug 163,27 Mt. Sodann gab der Ortsstatistiker die Statistik bekannt. Von 95 hier arbeitenden Kollegen sind 87 organisiert. Von diesen hielten es aber nur 46 für nötig, ihre Statistik auszufüllen. Von diesen 46 Kollegen waren 33 verheiratet und hatten 84 Kinder. Der durchschnittliche Jahresverdienst betrug 964,39 Mt. bei 252 Arbeitstagen, pro Tag 3,43 Mt. Arbeitslos waren 39 Kollegen 49 mal zusammen 252 Wochen. Verstorben sind 6 Kollegen. Wenn man diese Statistik durchliest, so kann man nur sagen, es ist traurig, daß sich so wenig Kollegen an der Abfassung derselben beteiligten. Kollege Fahlbusch begrüßte es mit Freude, daß in Nürnberg strengere Beschlüsse betreffs der Statistik gefaßt wurden. Sodann wurde beschlossen, einen Ausflug am 12. August nach der Bahnhofs-Oberbillingshausen zu unternehmen.

**Kappelrodek.** Am 15. Juli fand im Gasthaus zum Rebstock eine mäßig besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Gauleiter Braun hielt ein vortreffliches Referat über die zu betreibende Agitation. Redner schilderte die jetzige Lage im Schwarzwald; er betonte auch die große Freundschaft der Kollegen, daß sie lieber den Hut sinken lassen als der freien Gewerkschaft anzugehören. Besonders tadelte er die einheimischen Kollegen, diese sind am schwersten zu gewinnen. Braun ermunterte die deutschen und italienischen Kollegen, fest zu agitieren, damit auch hier ein festes Bollwerk des Verbandes geschaffen werden möge. Auch fand am gleichen Tage in Seebach nachmittags 3 Uhr eine sehr gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Braun führte in ausgezeichneter Rede den Anwesenden den Zweck und Nutzen des Verbandes vor Augen. Lebhafter Beifall wurde seinen Ausführungen gesendet. Es entschloffen sich sämtliche Anwesende, dem Verbandsbeitreteten und wurden 73 Kollegen aufgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Fridolin Kopp, als zweiter Karl Schmid und als Kassierer Karl Pettig gewählt. Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf. Unse Position im Schwarzwald wurde wieder schön gestärkt.

**Leipzig.** Die Steinarbeiter hielten am 24. Juli im Römischen Hof eine öffentliche Versammlung ab. Zunächst erstattete Kollege Mieth den Halbjahrsbericht. Es wurde Decharge erteilt. Dann folgte der Kartellbericht, wobei folgender Antrag angenommen wurde: „Den ausgesperrten Buchbindern, Lithographen und Stein-druckern sind als Darlehen 300 Mt. zu bewilligen, sobald das Ersuchen an uns gestellt wird.“ Nachdem forderte der Statistiker diejenigen auf, ihre Pflicht zu erfüllen, welche ihre Statistikarten noch nicht abgegeben haben. Auch kamen Beschwerden über die sehr mangelhafte Einhaltung der Bundesratsverordnung, was daraus hervorging, daß die Gewerbeinspektion unsern Werkplätzen zu wenig Beachtung schenkt. Betreffs Einbringen fertiger Steinmeharbeiten, welche an hiesigen Bauten Verwendung finden, stellte Herr Schenker die geradezu unerhörte Behauptung auf, daß seine Leute stundenlang in der Bude sitzen und trinken und nicht arbeiten. In Wahrheit aber sitzen die Leute da und erledigen Streitigkeiten, welche ihnen dieser Herr aufzwingt, indem er nicht nach Tarif bezahlen will. Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die am 24. Juli im Römischen Hof tagende Steinarbeiterversammlung vernahmt sich gegen das Einbringen fertiger Steinmeharbeiten seitens unserer Unternehmer. Die Versammlung betrachtet jeden weiteren derartigen Fall als Tarifbruch und behält sich weitere Schritte vor.“ Diese Resolution wurde der Innung unterbreitet.

**Luzernburg.** Die Steinarbeiter des Luzernburger Ländchens bieten so recht Ausbeutungsobjekte der Unternehmer. Die Steinbrüche liegen dicht an der Grenze zwischen Deutschland und Luzernburg. Bearbeitet wird Sandstein, beschäftigt sind insgesamt circa 300 Kollegen. Raube Steine und viel fertige Arbeit wird nach Luzernburg und dem Rheinlande geliefert. Zwei Kölner Firmen und eine Bonner Firma haben dort Werkplätze. In Wollenborn befindet sich der eine Steinbruch auf deutschem Gebiet, die rauhen Steine werden dann über die Sauer nach den auf dem andern Ufer gelegenen Werkplätzen gefahren

und dort verarbeitet. Der Grund ist folgender: Bollandorf ist deutsch, wären die Werkplätze da, dann müßte die Bundesratsverordnung eingehalten werden, und im Luxemburger Lande wird noch 11 bis 12 und teilweise 13 Stunden gearbeitet. Man sieht wieder, daß es den Unternehmern nur darauf ankommt, die Arbeiter dort fertigstellen zu lassen, wo der Profit am größten ist. Es ist wirklich drastisch, nachdem die deutschen Kollegen durch die Bundesratsverordnung den Neunstundentag haben, daß es deutsche Meister sind, die ihre Arbeiter im „Ausland“ herstellen lassen, natürlich mit dem Leitmotiv: Es springt mehr Profit heraus. Die Luxemburger Kollegen sind gewillt, in unsern Verbände beizutreten.

**Mühlhausen (Thür.).** Am 17. Juli fand hier im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurde das Resultat einer aufgenommenen Statistik entgegengenommen. Die Erhebung erstreckt sich auf 52 Kollegen, wovon 13 ledig und 39 verheiratet waren; letztere hatten 83 Kinder zu ernähren. Das Durchschnittsalter betrug nicht ganz 31 Jahre. 14½ Jahre war durchschnittlich jeder im Beruf tätig. Der durchschnittliche Wochenverdienst, bei überwiegender Akkordarbeit, betrug 24 Mk. Arbeitslos war jeder einzelne vierzehn Tage im Jahre. Rund die Hälfte der Kollegen hatte Krankheiten durchzumachen, die durchschnittlich 34 Tage Erwerbslosigkeit zur Folge hatten. Die Krankheitsursachen waren in der Berufstätigkeit begründet: 10 Krankheitsfälle entfielen auf Rheumatismus, 12 auf Hals- und Lungenleiden. Nun wurde die Lohnbewegung in Oberorla besprochen. Die Kollegen bleiben auf ihrer Forderung bestehen. Gauleiter Wagner beantragt, die Oberorlaer Kollegen möchten sich in einer Zusammenkunft untereinander verständigen. Unser Verbandsleiter, Kollege Starke aus Leipzig, betonte, daß der Unterschied in dem Gestein zu verschieden sei und auch sonstige Mißstände nur im Stundenlohn einen geregelten Ausgleich fänden. Die Tarife sind auch erst auf Tagelohn aufgebaut worden und nicht aus der Luft gegriffen. Aber hier handelt es sich um einen Beschluß des Unternehmerversandes, den dieser strikte durchzuführen will. In seinem Schlußwort ermahnte der Zentralvorsitzende zur Einigkeit und Solidarität. Die Steinarbeiter in Oberorla gehen von ihrer Forderung nicht ab und richten sich danach.

**Meß.** Ein aus der Münchener-Glabbacher Jesuitenschule entlassener Jüngling fühlt, wie es scheint, das Bedürfnis in sich, die dort erworbenen Kenntnisse (!?) sofort an den Mann zu bringen. Als Ablagerungsstätte seiner ihm eingepfropften Verleumdungen sucht er sich natürlich die Lothringer Volkstimme und die Saar-Post an. Wie überall, wo die freien Gewerkschaften mit der Organisationsarbeit begonnen haben, so kommen seit einiger Zeit auch hier in Meß die Jesuitenschüler aus Münchener-Glabbach, um ihre Zerfplitterungsarbeit zu beginnen. Groß sind die Erfolge hauptsächlich bei den Steinbauern bis jetzt noch nicht gewesen (ein Väterdupe). Darob im Lager der Schwarzen natürlich großer Verdruß, und es sollen nun Mittel gesucht werden, die dem Zentrum verloren gegangenen Schäfer wieder zurückzuführen. Dazu sollen einzig und allein auch die beiden Artikel der Lothringer Volkstimme in den Nummern 166 und 167 dienen. Daß man dabei die Tatsachen auf den Kopf stellen muß, um die Verleumdungen anzubringen, ist bei den auf die rote Farbe dressierten sogenannten christlichen Arbeiterführern (?) weiter nicht zu verwundern. So sollen die „Freien“ beim Unternehmer Graf wieder Akkordarbeit verlangt haben. Die Sache verhält sich natürlich umgekehrt. Vor sechs Wochen wurde der Tarif mit 75 Pfg. Stundenlohn bei Herrn Graf durchgeführt. Letzte Woche kommt Herr Graf und erklärt den bei ihm beschäftigten Steinbauern, daß er wieder in Akkord arbeiten lasse, weil die andern Unternehmer den Tarif auch nicht zahlen. Der Vorstand unserer Zählstelle erklärte, daß wir eher wieder in den Streik eintreten würden, als wie den Tarif durchbrechen lassen. Da der ganze Vorstand der Christlichen bei Graf beschäftigt ist, so mußten wir uns mit diesen ins Benehmen setzen, und diese „Auchorganisierten“ erklärten, auf keinen Fall in einen Streik einzutreten. Einer davon äußerte fogar, und wenn er jetzt um 3 Mk. arbeiten muß. So war auch uns, da wir von vornherein mit den Christlichen als Streikbrecher rechnen mußten, unmöglich, den Plan des Herrn Graf zu vereiteln. Es gehört da wohl schon eine große Portion jesuitischer Verdrehkunst dazu, diese Tatsachen in das Gegenteil umzulügen. Wenn sich da die Steinbauer anderer Werkstellen weigern, mit Leuten, die von ihren Führern zum Streikbruch erzogen werden, zusammen zu arbeiten, so schreit die ganze christliche Meute von Terrorismus der Freien; in Wirklichkeit ist es doch nichts anderes, als wie der notwendige Selbstschutz, wenn sich die andern Arbeiter ihre Verhältnisse nicht durch derartige christliche Selben noch weiter herunterdrücken lassen wollen.

**Plauen.** Am 12. Juli fand im Gewerkschaftshaus Schillerpark eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in der unser Gauleiter Zahn anwesend war und uns ein treffliches Referat über unsere Verbandseinrichtungen hielt. Er erläuterte in ausführlicher Weise die früher bestandenen Organisationsverhältnisse und unter welsch schwierigen Verhältnissen sich seit Jahren unsere Organisation entwickelt hat, um die dem Kapital preisgegebenen Kollegen in jeder Weise schützen zu können. Redner wies ferner auf den Nürnberger Verbandstag hin, welcher uns Wege ebnete, die für die Zukunft bedeutsam und für die Kollegen in jeder Weise gangbar sind. Die Beteiligung an der Debatte war groß, handelt es sich doch um eine Reduzierung unserer seit langer Zeit bestehenden Tarifabmachungen. Da die Konjunktur seit zwei Jahren in Plauen flau zu nennen ist, rüttelten unsere Unternehmer schon im vorigen Jahre an dem Bestehenden, aber in diesem Jahre will man mit aller Macht Reduktionen vornehmen. Der Geschäftsführer der Firma Seidel, Destrung, hat es sich anscheinend zur Aufgabe gemacht, die Kraftprobe dabei zu bestehen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 12. Juli stattgefundene Versammlung ist voll und ganz mit den gegebenen Ausführungen unseres Gauleiters einverstanden und erklärt sich dahin, an unseren bestehenden Forderungen festzuhalten. Der uns von der Firma Schreiber vorgelegte Revers ist nicht anzuerkennen. (Wie lautet der Revers? Redaktion.) Am 13. Juli leitete Gauleiter Zahn eine persönliche Verhandlung ein, welche aber ergebnislos verlief, da die Unternehmer wegen der faulen Konjunktur in keiner Weise entgegenkommend waren. Wir Steinarbeiter Plauens sind momentan gezwungen, ohne tarifliche Festmachungen zu arbeiten. Auch dieses werden die Plauenschen Steinarbeiter überwinden. Bei dieser gedrückten Konjunktur haben wir gar keine Veranlassung, auf das Abschließen eines Tarifs zu pochen. Vielleicht kommen die Unternehmer später zur Einsicht, daß wir Arbeiter durch die tariflose Zeit nicht schlecht gefahren sind.“

**Striegau.** Am 24. Juli tagte hier eine mächtig besuchte Steinarbeiterversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Oßig und Walter durch Erheben von den Plätzen geehrt. Hierauf erstattete Kollege Fülste Bericht über die Konferenz schlesischer Gewerkschaftskräfte in Görlitz, deren hauptsächlichster Zweck es war, bei den Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden künftig richtige Arbeitervertreter durchzubringen. In der Debatte hierüber regten die Kollegen Rieger und Grüttner an, in Zukunft aufzuklären, zielbewußte Arbeiter in die Krankenkassenvorstände zu wählen und bei den Wahlen geeignete Vorschläge zu machen. — Zum 2. Punkt, Abrechnung vom 2. Quartal, gab Kollege Rieger den Rassenbericht, dessen Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Hervorzuheben ist, daß der Marktenverkauf eine erfreuliche, stetige Zunahme aufweist, da die Zahl der verkauften Beitragsmarken im 2. Quartal 9000 überschritten hat. — Der dritte und wichtigste Punkt betraf die Anstellung des besoldeten Beamten. Im Auftrage der hierzu gewählten Kom-

mission erstattete Kollege W. Baudach den Bericht über die eingegangenen Bewerbungen und empfahl von sechs Bewerbern, welche sich zu diesem Posten meldeten, zwei zur engeren Wahl zu stellen. Es sind dies die Kollegen G. Rieger-Striegau und M. Lohse-Bunzlau. Nachdem die Bewerbungen dieser beiden Kollegen verlesen waren, ermahnte Kollege Baudach die Anwesenden, bei der Abstimmung nur sachlich zu handeln und dem gewählten Beamten später bei seiner Tätigkeit das volle Vertrauen, sowie die Mithilfe sämtlicher Mitglieder zu sichern. Die Debatte über diesen Punkt, an welcher sich mehrere Kollegen beteiligten, zeigte, daß beide Bewerber das Vertrauen der meisten Kollegen besitzen. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung erhielt Kollege M. Lohse-Bunzlau 98, Kollege Rieger-Striegau 69 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt und wird sein Amt wahrscheinlich am 1. September antreten. — Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten wies Kollege Rieger auf die in unserer Zählstelle noch herrschende Fluktuation hin und ermahnte die Kollegen, mit der Beitragszahlung stets pünktlich zu sein, denn nur die rückständigen Beiträge zu dem fortwährenden Wechsel in unserem Mitgliederbestande.

**Söllingen.** Ueber die Behandlungsweise des Meisters Kirchenbauer haben die Kollegen allen Grund, sich zu beschweren. Auch die Entlohnung ist äußerst minimal. Nimmt man ein Stück in Arbeit, dann sagt Polier Weiß: „Schlagt nur zu, ihr braucht nicht langsam zu tun, um die Fertigstellung hinauszuziehen.“ Wir schickten zum Meister, um die Preise in Erfahrung zu bringen; es wurde den Kollegen aber die schöne Nachricht erteilt, wir sollten ihn am . . . . . ledern. Die Steinmehrer sind der Meinung, wenn an dieser Lederei der Meister Gefallen hat, so mag er das selbst machen. Anstatt mit den Leuten zu unterhandeln, werden diese in der unflätigsten Weise angepöbelt. Die paar Unorganisierten ziehen aus einem solchen Verhalten des Meisters hoffentlich die nötigen Konsequenzen. Die Arbeiter halten es unter ihrer Würde, in Zukunft mit einem solchen Herrn zu diskutieren. Hoffentlich nimmt das Unternehmerblatt Der Steinbildhauer Notiz hiervon, um seinen Lesern zu zeigen, welche gebildeten Leute sich unter den Meistern befinden.

**Unsen.** Am 22. Juli fand im Gewerkschaftshaus zu Sameln eine Mitgliederversammlung der Zählstelle Unsen statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer die Abrechnung vom Streik und vom 2. Quartal bekannt, alles wurde von den Revisoren für richtig befunden, wofür der Vorsitzende dem Kassierer seinen Dank aussprach. Beim 2. Punkt wurden die Lohnverhältnisse besprochen. Es stellte sich heraus, daß nach einem fünfwöchigen Kampf weniger Lohn gezahlt wird, wie zuvor, was aber nur an der Sauberkeit der Kollegen selbst liegt. Unser ausgearbeiteter Tarif tritt erst am 1. September in Kraft und daher kommt es, daß erst noch das letzte Mark aus den Knochen gezogen wird. Ferner ist es geradezu traurig, daß es organisierte Kollegen gibt, die nach solchen Betrieben gehen, welche gesperrt sind (es sind natürlich Italiener). Auch hat sich in der letzten Streikwoche ein Kollege namens Hofstein als Streikbrecher hergegeben. Um den Unternehmern unsere Absicht zu unterbreiten, ließ sich Kollege Schünemann vor Proklamierung des Streiks in den Verband aufnehmen, jetzt aber, wo es zum Klappen kam, war Schünemann derjenige, der den Streikbrecher machte. Der schlechte Versammlungsbesuch wurde vom Vorsitzenden mit Recht gerügt und es wurde beschlossen, nach dreimaligem Ausbleiben ohne Entschuldigung, 50 Pfg. Buße zu zahlen.

### Submissionsblüten.

**Bamberg.** Bei der Vergabe der Bildhauerarbeiten zum Oberpostamt gingen folgende Offerten ein:

Behringer, Bayreuth . . . . .	7 465.— Mk.
Albert, Nürnberg . . . . .	11 950.— "
Giehorn, Bamberg . . . . .	12 535.— "
Eichensag, München . . . . .	13 040.— "
Sprenng, Bamberg . . . . .	13 493.— "
Kämmer, Würzburg . . . . .	15 243.— "
Göschel, Nürnberg . . . . .	15 295.— "
Enderle, München . . . . .	15 664.— "
Burfert, Nürnberg . . . . .	16 850.50 "
Zimmermann u. Diller, Bamberg . . . . .	18 150.— "
Hilcher, Bamberg . . . . .	18 750.— "
Hahn, Nürnberg . . . . .	19 881.— "

Die Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Angebot beträgt 12 416 Mk. Daß die Bildhauergehilfen an solchen Bauten, vorausgesetzt der Mindestfordernde erhält den Zuschlag, aus den Lohnverhältnissen nicht mehr herauskommen, ist klar. Wie man sieht, sind die Herren Bildhauer-Prinzipale ebenfalls schon so weit, sich gegenseitig niederzukonkurrieren.

Und dann heulen dieselben Herren über den Niedergang des Kleinmeisterstandes.

**Nach eine samose Submissionsblüte.** In Hasserode (Horn) soll über die Holzemme eine Brücke gebaut werden. Die Preisangebote schwanken von 3220 bis 11 423 Mk. Herr Sarnz Hasserode gab einen Anschlag in Höhe von 5820 Mk. ab und erhielt den Zuschlag.

### Aphorismen.

Eine wirklich revolutionäre Bewegung, eine solche, die auf einem wahrhaft neuen Gedankenprinzip steht, ist, wie sich der tiefere Denker zu seinem Troste aus der Geschichte zu beweisen vermag, noch niemals untergegangen, mindestens nicht auf die Dauer.

Eine Träne zu trocken ist ehrenvoller als Ströme von Blut zu vergießen.

### Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Reifenhausen a. Main.** Wegen allzu großer Arbeitswilligkeit wurde der Steinmetz Rudolf Galle aus dem Verbandsausgeslossen.

**Marxbreit.** Rudolf Leipert wurde wegen Streikbruchs aus dem Verbands ausgeschlossen.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 23. bis mit 28. Juli 1906. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Erlösmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Allsenz, B. 289.68, E. 2.50, D. 17.75, Z. 42.—; Altenglan, B. 0.84, D. 7.10; Demitz, B. 3.92, E. 6.50, D. 12.75; Düsseldorf I, B. 119.60, E. 5.—, D. 8.50, Z. 13.50; Droyßig, B. 51.80, E. 10.—; Häslüch, B. 561.40, E. 13.—, D. 27.75, Z. 58.50; Hasserode, B. 61.76, D. 2.25, Z. 16.50; Langentalja, B. 58.10, Z. 5.—; Lutter, B. 42.—, E. 4.—, D. 2.75; Münchberg, B. 98.64, D. 3.75, Z. 9.—; Warburg, B. 28.40, E. 0.50, D. 4.25; Weißen II, B. 283.80, E. 2.50, Z. 80.—; Marktfeuten, ? 65.97; Wandfeld, B. 83.20, D. 5.75, Z. 5.—; Neuendorf II, B. 60.20, D. 37.25, Z. 98.—; Naumburg, B. 61.44, D. 2.50, Z. 14.50; Osnaabrück, B. 51.20, Z. 6.—; Röthenberg, B. 46.—; Ruppertsdorf, B. 16.66, E. 0.70, Z. 1.—; Seckmairn, B. 33.28, E. 11.25, D. 9.75, Z. 15.50; Springe, B. 28.—, D. 3.—, Z. 5.—; Stuttgart I, B. 110.60, D. 4.—, Z. 57.50; Trensfurt, E. 3.—; Wertheim, B. 86.23, D. 5.50, Z. 13.—; Wlomburg, B. 1.65; Wanne, B. 3.80; Anstadt, B. 3.80; Bünbe, B. 4.55; Paderborn, B. 3.80; Gelsenkirchen, ? 3.55; Eilenburg, B. 6.30; Zschopau, B. 10.—; Retha, B. 3.80; Bromberg, B. 21.—; Gifhorn, Ins. 3.—; Karlsruhe, M. 3.95; Neusalza, B. 1.80; Hamburg, 0.75 D.—; Kiel, Ins. 3.—; Dessau, Ins. 0.70; Sopten, Ins. 7.—; Rostock, Ins. 2.50;

Beuthen, B. 2.50; Lindau, B. 10.—; Auerbach, B. 2.20; Neufkirchen, B. 9.—; Lehe, B. 4.85; Hamburg, B. 0.95 (5.); Emden, B. 4.40; Zweibrücken, B. 23.22; Ulm, B. 19.20; Stuttgart I, E. 10.—, D. 17.—; Schmalfalben, B. 26.60; Rotenfels, ? 33.74; Reifenhauen, B. 72.94, E. 5.—, D. 1.—, M. 0.70; Potsdam, B. 78.40, D. 5.50, Z. 9.50; Ober-Mörlen, B. 42.56, D. 4.75, Z. 10.—; Miltenberg, B. 32.40, Z. 6.—; Marktfeuten, ? 3.84 (2.); Mittweida, Z. 8.—; Warburg, D. 3.60; Mittelsteine, B. 167.60, D. 10.60, Z. 35.50; Jena, B. 14.40, E. 3.50, D. 0.25, Z. 0.50; Dorprojekten B. 50.52, E. 0.50, D. 0.50, Z. 10.50; Altenbach, B. 42.25, D. 0.25, Z. 14.—, M. 5.50; Anweiler, B. 10.82, Z. 3.—; Gießen, B. 63.84, E. 2.—, D. 4.25, Z. 8.—; Duisburg, B. 32.—; Hörtel, B. 69.12, D. 2.25, Z. 9.—; Söbäu, B. 2.70, E. 27.25, D. 1.—, Z. 19.50; Münchberg, B. 3.—; Oppach, B. 224.—; Schwarzenbach, B. 392.32, D. 41.50, Ins. 1.35; Wertheim, B. 1.95; Stettin, Ins. 2.—; Bernburg, Ins. 6.— (5.); Bernburg, Ins. 5.— (P.); Großheringen, Ins. 7.50; Apolda, B. 1.65; Königsberg, Ins. 3.— (E.); Würzburg, B. 106.02, E. 17.25, D. 23.50, Z. 44.—; Wilmars, ? 76.76; Kappelrodt, B. 119.92, D. 0.25; Niederlamitz, B. 108.53, E. 4.—; Halle, B. 73.60, Z. 7.—; Hoof II, ? 39.—; Eifenach, B. 159.68, E. 2.75, Z. 15.—, D. 4.75; Essen, D. 2.75, Z. 6.50; Konstanz, ? 9.60. Ludwig Geist, Kassierer.

**Für die streikenden Kollegen in Allsenz** gingen von folgenden Zählstellen Unterstützungen ein:

Dürthheim . . . . .	43.25 Mk.
Kaiserslautern . . . . .	10.— "
	53.25 Mk.
Bereits quittiert . . . . .	77.— "
	Sa.: 130.25 Mk.

Die Ortsverwaltung. R. Baus.

### Briefkasten.

**Obernörlin.** Ja. — Raundorf, P. Die Versammlungsangeize in Nr. 9 ist zu bezahlen. — Oberorla, Sch. Bezahlt. — Unsen. Eine Klage ist ausfichtlos. — Alt-Warthau I. Es betrifft folgende Inserate: In Nr. 24 Todesanzeige Schopp sowie eine öffentliche Anfrage an Fr. Schneider, in Nr. 26 Todesanzeige Winter. Freund Alter, Du schienst als Vertrauensmann den Steinarbeiter recht fleißig zu lesen. — B. L. Ach lieber Freund, laß doch das Dichten sein. — Hörtel, P. Solch kleine Inserate kosten 1 Mk. Der Betrag ist vorweg einzulösen, denn meistens wird das Zahlen vergessen. — Oberhausen, F. Müßten wir leider ablehnen. Hast Du denn kein anderes Mittel um den Restanten beizukommen. — Verschiedene Anfragen. Die Inserate sind bis zur Nr. 30 herausgeschrieben.

**Gütliche Berichte und Artikel** müssen wegen Raumangel zurückgestellt werden.

### Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

## Steinarbeiter

von Wurzen, Grimma und Langenreichenbach.

Sonntag, den 12. August, nachmittags 1/3 Uhr  
**Mitgliederversammlung**

im Etablissement Schützenhaus, Wurzen.  
Tagesordnung: 1. Vortrag über Gewerkschaften und Unternehmerversände. Referent: Herm. Siebold. 2. Wahl eines besoldeten Bezirksleiters.  
Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser sehr wichtigen Versammlung zu erscheinen. Verbandsbuch ist mitzubringen.

**Granitschleifer**  
auf Maschine und Hand geübt, findet dauernde Beschäftigung bei  
**Ernst Rissmann, Grabsteingeschäft Kändern (Baden).**

**Granitsteinmetzen**  
werden sofort gesucht.  
**Granitwerk F. Rössler, Kiel**  
Eichhoffstraße 39/41.

**Kopfsteinschläger und Schuttschläger**  
(Winterarbeit) werden eingestellt. Strecke Grevesmühlen-Rüting.  
**Mühlhaus, Schwerin i. M.**

**Steinbruch-Arbeiter**  
zunächst zum Abräumen, später zum Brechen und Bearbeiten der Steine werden gesucht von  
**Fr. Fischer, Plötzkau i. Anh.**  
(Station Betsch ober Güsten.)

**Tüchtige Steinbauer u. Handschleifer**  
auf schwedischen Granit geübt, finden dauernde Beschäftigung.  
**Westfälische Marmor- u. Granitwerke**  
Georg Dassel in Allagen.

**Polytechnisches Institut Friedberg**  
b. Frankfurt a. M.  
Akademische Lehr-Anstalt mit Spezialkursen für  
Architekten und Bau-Ingenieure  
Absolventen von Baugewerkschulen finden Aufnahme.

**Sterbetafel.**  
(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

**Obendorf.** Infolge Blinddarm-Entzündung starb im Alter von 17 Jahren unser Kollege **Hermann Bender.**  
**Sildesheim.** Franz Hopp starb am 29. Juli im Alter von 38 Jahren an Lungenbluten.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Wirtschaftliche Rundschau.

In der Presse sind die üblichen Uebersichten über die deutsche Emissionsstätigkeit in der ersten Hälfte des laufenden Jahres 1906 erschienen. Sie zeigen außerordentliche hohe Ziffern, entsprechend der ganzen allgemeinen Hochkonjunktur und trotz so mancher hemmender Erfahrungen des Geldmarktes und der Börsen.

In das erste Halbjahr 1906 fielen die russischen Wirren, die Marokkofreitigkeiten, die Verheerungen von San Francisco, fiel vor allem die internationale Geldknappheit, die gerade in Deutschland eine Art Höhepunkt erreichte. Unsere Großbanken verzichteten deshalb vorläufig auf die in Aussicht genommene eigene Kapitalserhöhung und verschoben sie auf spätere Termine mit größerer Kapitalflüssigkeit. Eine Reihe anleihen-lustiger Gemeindevormaltungen warten zunächst noch auf Anzeichen, ob sie ihren Kreditbedarf in Zukunft nicht günstiger decken können, wie in der teureren Gegenwart. Trotz alledem wurden, nach der bekannten Statistik des Deutschen Oekonomik, im ersten Halbjahr 1906 dem Nennwert nach 1701,98 Millionen Mark in- und ausländischer Wertpapiere an den deutschen Börsen zur Einführung gebracht, mit einem Kurswert von 1929,19 Millionen Mark — gegen nominell 3027,51 Millionen Mark (mit einem Kurswert von 3090,68 Millionen Mark) im ganzen Jahre 1905, und nominell 1815,57 Millionen Mark (mit einem Kurswert von 1995,07 Millionen Mark) im ganzen Jahre 1904.

Nun erscheinen unter Emissionen allerdings auch die eigentlich nur neu eingetauschten Werte bei Konversionen, bei Aktienbetriebsübernahmen zu einer neuen Firma usw.; hier brauchen also noch so große Emissionsziffern keine wirkliche wirtschaftliche Ausdehnung (Expansion) und Belebung auszu-drücken. Auch die wechsellnd schwache oder starke Anleiheaus-gabe seitens der Reiche, Staaten und Gemeinden macht die ver-schiedenen Jahresziffern schwer vergleichbar — das plötzliche Auf-treten einer russischen Milliardenanleihe kann z. B. die Emissionsziffern außergewöhnlich anschwellen lassen, beweist aber gar nichts für einen floterer Geschäftsgang, weder im Glatzberger- noch im Schuldnerlande. Dieser letztere Einwand fällt jedoch diesmal für Deutschland hinweg; Deutschland ist 1906 für neue ausländische Werte aller Art viel weniger in Anspruch genommen worden, wie im Vorjahre. Weiter ent-fallen von der Gesamtsumme der im 1. Halbjahr 1906 emittier-ten inländischen Wertpapiere 617,56 Millionen Mark auf deutsche Staatsanleihen, 220,02 Millionen Mark auf Kommunal-anleihen, 275 Millionen Mark auf Pfandbriefe, während Indu-strieaktien im Nominalbetrage von 210,14 Millionen Mark (im Jahre 1905 309,18 Millionen Mark) und einem Kurswert von 358,36 Millionen Mark (i. V. 352,04 Millionen Mark) und Banksaktien im Nominalbetrage von 109,69 Millionen Mark (1905 116,83 Millionen Mark) und einem Kurswert von 183,11 Millionen Mark (i. V. 146,50 Millionen Mark) emittiert wurden. Wenn also die Emissionsstätigkeit auch im zweiten Halbjahr 1906 gleich lebhaft bleibt wie im 1. Semester, so wer-den die Emissionen des Jahres 1906 diejenigen des vorigen Jahres noch weit übertreffen. Seit Anfang 1905 wurden Indu-strieaktien im Kurswerte von rund 900 Millionen Mark emittiert, aber soviel wie in den Jahren 1901, 1902, 1903 und 1904 zusammen. Das frühere Abwärts und jetzige Aufwärts der wirtschaftlichen Konjunktur wird dadurch schlagend be-leuchtet.

Eine andre jetzt veröffentlichte Statistik behandelt nicht, wie die vorige, die Kapitalaufnahmen der börsenfähigen Industrie- und Bankunternehmungen, sondern die Eintragungen neuer Aktiengesellschaften in das Zentral-Handelsregister. Danach wurden im ersten Halbjahr 1906 eingetragen 120 neue Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 228,55 Millionen Mark — gegen 192 Gesellschaften mit 386 Millionen Mark im ganzen Jahre 1905, 104 Gesellschaften mit 140,65 Millionen Mark in 1904 und 84 Gesellschaften mit 300 Millionen Mark Kapital im ganzen Jahre 1903. Der Aufschwung hat sich also bisher noch un-unterbrochen fortgesetzt. Gruppenweise waren im verfloffenen Halbjahr am stärksten an den Neugründungen beteiligt: Bergbau, Gütten-Salinen, Metallbearbeitungs-Maschinenbau, Banken, Bau- und Terracingesellschaften. Die letzteren spiegeln, wie in jeder guten Zeit, das Ausdehnungs- und Modernisierungss-treben unserer Großstädte wieder, mit Berlin an der Spitze, das

von 39,02 Millionen Mark neuem deutschen Terracingesellschafts-kapital nicht weniger wie 22,70 Millionen Mark beanspruchte.

Auch die kapitalistischen Verschmelzungen schreiten noch immer fort, zum Teil allerdings infolge zufälliger Geschehnisse. So wirkt die neue deutsche Steuer- und Zollgesetzgebung auf die Brauereien als augenblicklicher Anreiz zu geschäftlichen Ver-einigungen und Vereinbarungen. In Berlin verschmilzt sich die C. Habelsche Brauerei (mit rund 80 000 Hektoliter Jahres-absatz), eine der wenigen noch bestehenden privaten Groß-brauereien, mit der Königsstadt-Aktiengesellschaft (Absatz im letzten Geschäftsjahr 137 226 Hektoliter). Das Aktientkapital Königsstadt soll zu diesem Zwecke um 1 1/2 Millionen Mark (auf 5,7 Millionen Mark) erhöht werden.

Andererseits gehen manche ältere kapitalistische Bundes-genossenschaften wieder in die Brüche. So der Drahtstiftverband, dem zuletzt 15 Werke angehörten, während im Süden und in Sachsen das Nutzenfeiertum viel Einfluß behielt. Bei den jetzigen Beratungen suchte man zu einem allgemeinen Ueberein-kommen zu gelangen. Wie es heißt, ist in letzter Stunde die Einigung an der Gruppe gescheitert, die unter der Führung der Firma Gebr. Stumm stand. Die Wirkung auf den Markt und die Preise muß trotzdem abgewartet werden. Ist doch im Vor-jahre der Grobblechverband und der Feinblechverband zu Grabe getragen worden, ohne daß bei der Hochkonjunktur die Preise sich ermäßigten. — Nach seinen letzten Kundgebungen hätte der Spiritusring gleichfalls seine Erneuerungsbewegung eingestellt, weil die außenstehende ostdeutsche Spiritusfabrik, mit dem frei-konfessionar-hatativistischen Herrn v. Tiedemann an der Spitze, allzuwiele „Streifbrevier“ um sich famelle. Vielleicht aber ist die Drohung mit der Auflösung nur ein Schreckfuß gegen die Widerstreben. — Dagegen soll die Ende Juni eingetretene Auflösung des Kartells der Elbschiffahrtsgesellschaften von einem Rückgang der Elbfrachten begleitet gewesen sein.

Somit lauten die Nachrichten für den Kapitalprofit durch-gängig günstig.

So wird in einem Fachbericht für die Strumpf- und Stoff-handelsbranche der Textilindustrie, deren Arbeiter so schwer ihre Lohnhöhe verbessern, der Geschäftsgang als glänzend, wie kaum je geschildert. Schon 1905 habe man alle Hände voll zu tun gehabt, seit Anfang 1906 habe man auch mit immer gün-stigeren Verkaufspreisen rechnen können: „Die Nachfrage wuchs in solchem Maße, daß sich die Einkäufer bereit zeigten, die höchsten Preise anzulegen, um die nötige Ware zu bekommen, und seit einigen Monaten ist die Situation derartig, daß Auf-träge kaum noch unterzubringen sind. Insbesondere lehnen es die Fabrikanten ab, solche Bestellungen anzunehmen, bei denen für rechtzeitige Lieferung feste Garantien geleistet werden sollen. Eine hervorragende Kaufkraft zeigt Nordamerika.“ Der Bericht warnt aber zugleich vor der Ueberproduktion, die zu befürchten sei, wenn die Betriebsweiterungen, die in solchem Umfange bisher noch nicht dagewesen seien, ihre volle Wirkung ausübten; bis jetzt sei erst ein Teil der neuen Maschinen fertiggestellt und im Gange; „wenn diese aber alle in Betrieb sein werden, steht zu befürchten, daß die außerordentlich vergrößerte Produktion auf den Markt drücken und namentlich bei rückgängiger Konjunktur unheilvolle Wirkungen im Gefolge haben wird.“

Aus den rheinisch-westfälischen Eisengewerken wird fast all-seitig von übernormalen Aufträgen und notgedrungenem Hinaus-schiebung der Lieferungsfristen berichtet. Ferner bleiben die Rohmateriallieferungen immer mehr hinter dem Bearbeitungs-bedarf zurück.

Im Juni betrug der rechnermäßige Absatz des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels an Kohlen 5 059 241 Tonnen gegen 4 605 345 Tonnen im Juni 1905. Der Absatz hat mithin im Juni gegen das Vorjahr um insgesamt 453 896 Tonnen, also um 9,86 Prozent, oder arbeitstäglich um 5,16 Prozent zu-gewonnen.

Berlin, 15. Juli.

Mag Schippel.

## Sorgt für gefüllte Kriegskassen.

Die modernen Gewerkschaftsorganisationen sind eine Macht geworden, die von den Unternehmern gleich stark gefürchtet und gehaßt wird. In raschem Tempo schreitet die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung vor, bisher unorganisierte Schichten des Proletariats werden von ihr

erfaßt und fast jeder Tag bringt Kunde von Erfolgen, die bald da, bald dort für die Arbeiter errungen werden. Sehr erhebliche Arbeitszeitverkürzungen, die Einführung von Minimallohnen in ganzen Gewerben, günstigen Rege-lungen der Arbeitsverhältnisse in vielen Zweigen der Groß- und Kleinindustrie danken viele Tausende Arbeiter dem segensreichen Wirken der gewerkschaftlichen Verbin-dungen. Je segensreicher das Wirken der Gewerkschaften für die Arbeiter ist, um so größer der Haß der Unter-nehmer, die noch heute vielfach glauben, die Arbeiter haben auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse überhaupt keinen Einfluß zu üben, sondern nur recht fleißig zu schaffen und sich nicht um Arbeitszeitverkürzungen, Minimallohne, Tarifverträge und derartige vernünftige Dinge zu küm-mern. Die Veruche der Gewerkschaften, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten schwerer zu machen und den Arbeitern ein größeres Stück Brot, mehr Zeit und Lust zu erringen, dünken den Unternehmern unerträglich, und deshalb ihr Sturmlaufen gegen die so gehaßten Gewerk-schaften.

In der letzten Zeit haben die Unternehmer ihre An-strengungen vervielfacht, um Arbeitgeberverbände zu schaf-fen, deren einzige Aufgabe es sein soll, der Unbotmäßigkeit der Arbeiter zu steuern und auch den selbst berechtig-ten Forderungen der ausgebeuteten Arbeiterschaft mit aller Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten. In diesem Kampfe gegen die Bestrebungen der Arbeiterkassen spielt die Aus-sperrung eine hervorragende Rolle. Die Taktik der Unter-nehmerorganisationen, zur gleichen Zeit in den verschieden-ten Gebieten Arbeiter massenhaft auszusperrn, verfolgt den Zweck, die Widerstandskraft der Arbeiter derart zu schwächen, um die Arbeiter zu zwingen, von ihren gestellten Forderungen abzulassen und sie bedingungslos in das be-drückende Joch zu nötigen. In diesem Kampfe ist den Unternehmern jedes Mittel gut genug, und vor nichts schrecken sie zurück, um den so sehr gehaßten Gewerkschaften Schläge zu versetzen.

Und gerade jetzt leisten sich die Unternehmerorganisa-tionen unerhörte und fast ungläubliche Dinge. Die in den Organisationen stehenden Arbeiter begreifen es wohl, wenn die Unternehmer sich vereinigen und den Forderungen der Arbeiter organisierten Widerstand entgegenstellen. Die Arbeiter haben eine harte Schule durchgemacht und die Lehre vom Klassenkampf ist ihnen so zu eigen geworden, daß sie gar keine von den Ausbeutern verübte Art der Brutalität verwundert. In der Hinsicht sind sie auf alles, selbst auf das Unerhörteste gefaßt.

Die massenhaften Aussperrungen, die von den Unter-nehmerorganisationen verhängt werden, sind nichts anderes als ein wohl vorbereiteter konzentrierter Angriff auf die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter, dieser für ungemein wichtigen und scharfen Waffe im Emanzipationskampfe des Proletariats. Metallarbeiter, Textilarbeiter, Bau-arbeiter und mehrere andre Arbeitergruppen sind nach dem 1. Mai ausgesperrt worden, weil sie sich erdrehten, an der zum festen Besitz der Arbeiterschaft gewordenen großen Maidemonstration für den Achttundentag und das poli-tische Recht durch die Arbeitsruhe teilzunehmen. In an-dern Fällen wurden die Arbeiter ganzer Betriebe aus-gesperrt, weil einzelne Abteilungen Forderungen nach Ver-besserung ihrer wirtschaftlichen Lage stellten. Durch die Aussperrung sollen die Arbeiter müde gemacht werden. Die Hoffnungen der Unternehmer werden jedoch zu-schanden werden. Sie, die nur mit dem Profit zu rechnen gewohnt sind, haben keine Ahnung von der Stärke der Solidarität der Arbeiter.

Die Unternehmer hoffen, die Organisation sprengen zu können. Sie werden bittere Enttäuschungen erleben.

## Ideale Justiz für die Scharfmacher des Unternehmertums.

Vorsitzender zur Angeklagten: Sie haben Ihre minder-jährige Tochter aus dem Dienst des Klägers genommen, weil Ihnen der Lohn von 15 Mark für den Monat zu wenig war. Bei 5 Mark Zulage hätten Sie Ihre Tochter im Dienst gelassen. Stimmt das?

Angeklagte: Ja, 15 Mark war auch zu wenig für die Arbeit. In ihrer jetzigen Stellung bekommt meine Tochter 20 Mark, wie ich auch vom Herrn N. verlangte.

Vorsitzender zum Kläger: Sagen Sie, wie sich die Sache zugetragen und wie sich die Angeklagte Ihnen gegenüber benom-men hat.

Kläger: Die Angeklagte sagte im barschen Tone: Wenn meine Tochter nicht 20 Mark Lohn bekommt, dann nehme ich sie aus dem Dienst.

Staatsanwalt: Hier liegt eine direkte Er-pressung vor. Die Angeklagte wollte sich selbst einen Vermögensvorteil sichern. Sie bestand kategorisch darauf, wenn der Lohn nicht von 15 auf 20 Mark pro Monat gesteigert wird, nehme sie die Tochter aus dem Dienst. Sie hat dem Dienstherrn ein schlimmes Uebel angedroht, die Tat-bestandsmomente der begangenen Erpressung liegen klar auf der Hand. Ich beantrage sechs Monate Gefängnis.

Verteidiger: Wir leben nicht mehr im Zeitalter der Leib-eigenschaft, der Mutter muß doch das Recht zustehen, ihrer Tochter zur Erringung besserer Lohnverhältnisse verhelfen zu können. Der Vorsitzende schlägt auf den Tisch und murmelt da-zwischen: Das ist eben Erpressung.

Der Gerichtshof zieht sich zur kurzen Beratung zurück. Das Urteil lautet auf vier Monate Gefängnis. Die Begründung des Urteils war kurz, der Fall lag klar ...

### Ein anderes Urteil.

Vorsitzender zum Angeklagten: Sie waren von der Zahlstelle N. beauftragt, mit dem Zeugen (Unternehmer) wegen Lohn-erhöhung zu verhandeln. Nun sagen Sie, wie spielte sich der Vorgang ab?

Angeklagter: Ich ließ Herrn A. durch den Werkführer um eine Unterredung bitten. Er bot 58 Pfg. Stundenlohn. Ich sagte ihm, daß die Streikenden nicht unter 60 Pfg. arbeiten wollen. Herr A. erklärte, dies nicht bezahlen zu können. Ich sagte dann: Na — wenn nicht, denn nicht; und ging fort. Wahr ist es, daß ich im Weggehen sang: Nicht fürchten wir den Feind usw. Aber dabei dachte ich nichts Böses.

Der Zeuge A. bekundet, daß der Angeklagte sehr zuver-sichtlich auftrat und sich energisch für 60 Pfg. Stunden-lohn in das Zeug legte. Die Auslassung: Wenn nicht, denn nicht, konnte er nur so auffassen, wenn die 60 Pfg. nicht bezahlt werden, dann wird weiter gestreikt. Auch das Singen der Strophen: Nicht fürchten wir den Feind usw., konnte er nur als Drohung auf-fassen.

Der Platzmeister bekundet dasselbe, er hatte auch die Auf-fassung seines hohen Chefs.

Der Staatsanwalt führt aus: Durch das energische Aus-treten des Angeklagten für 60 Pfg. Stundenlohn sei der Dolus der Erpressung gegeben. In den Worten: Wenn nicht, denn nicht, liegt unbedingt eine Bedrohung. Ebenfalls in dem Gesang: Nicht fürchten wir den Feind usw. Darin liegt aber auch ein grober Unfug, weil der Angeklagte auf dem Eigentum des Klägers gesungen hat. Er beantragt wegen Erpressung vier Monate, wegen Bedrohung in zwei Fällen ebenfalls vier Monate und wegen groben Unfugs zwei Monate, insgesamt zehn Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung. Es müsse über den An-geklagten eine exemplarische Strafe verhängt werden, da er nicht nur ein geriebener gewerkschaftlicher Agitator sei, sondern auch ein gefährlicher Sozialdemokrat, wie er durch seinen Gesang be-wiesen.

Der Verteidiger führt aus, daß nicht ein Anhaltspunkt vorliegt, um den Angeklagten zu bestrafen. Die Richter sollten doch endlich einmal einsehen, daß durch solche Klassenurteile nicht allein die ganze Arbeiterschaft, sondern auch jeder Mensch er-bittert werden muß, der noch einen Funken von Rechtsgefühl in sich hat. Der ganze Richterstand wird im Ausland abfällig kriti-siert und zielt ständig die Witzblätter. Der Angeklagte könne rechtlich gar nicht verurteilt und müsse freigesprochen werden.

Das Urteil lautet: Gesamtstrafe von einem Jahr Gefäng-nis, fünf Jahre Ehrverlust, Stellung unter Polizeiaufsicht und sofortige Verhaftung.

### Drittes Urteil.

Der Arbeiter Ehrlich wird wegen Raubentfalls und Körper-berletzung zu Gefängnis und sein Hund zum Tode verurteilt.

Vorsitzender zum Angeklagten: Sagen Sie einmal wahr-heitsgetreu, wie sich die Sache abgespielt hat.

Angeklagter: Erst will ich Ihnen sagen, wie ich zu dem Hündchen kam. Dieses ist mir zugelaufen und da es auf Anzeige bei der Polizei und Bekanntmachung im Amtsblatt niemand ab-holte, habe ich es behalten und ihm den Namen „Schnapp“ ge-gaben. Das Hündchen hatte bis auf diesen Fall, um mit dem Herrn Staatsanwalt zu reden, noch keinen Menschen angefallen. Als ich bemerkte, daß es auf den Kläger zusprang, rief ich sofort:

Schnapp! aber zugleich fiel der Kläger hin. Schnapp entriß ihm das Paket mit Wurst und lief auf mich zu. Mit Schnapp kam aber auch zugleich der Schutzmann, der das Paket an sich nahm, es dem Eigentümer übergab und die ganze Sache zu Protokoll nahm.

Kaufmann G. als Verurteilter und Zeuge: Ich kann nicht mehr sagen, als: der Hund sprang auf mich zu; der Wurstgeruch mag es ihm angetan haben; ich wollte ihm einen Tritt geben und fiel hin. Dabei entriß mir der Hund das Paket. Bei dem Fall habe ich mir ein Loch in den Kopf geschlagen. Den Ruf „Schnapp“ hörte ich; ich deutete ihn aber so, der Hund solle zuschnappen, was er auch ge-tan hat.

Der Schutzmann als Zeuge: Es hat sich alles so zugetragen, wie es zu Protokoll gegeben ist. Der Angeklagte hat nicht gerufen: Schnapp, hierher! wie er es hätte tun sollen, sondern er rief: Schnapp! Und der Hund schnappte auch. Ich konnte nur die Ueberzeugung gewinnen, daß der Hund zum Diebstahl und Raub abgerichtet ist.

Staatsanwalt: Der Angeklagte heißt wohl Ehrlich, aber ich behaupte: er trägt diesen Namen zu Unrecht. Schon in der Schule wurde er zu 25 Stockhieben verurteilt, weil er einer Hörschule einen Apfel maufte. Und aus jugendlichen Dieben werden gewöhnlich Räuber und auch Raubmörder. Wenn der Angeklagte bis zu diesem Fall sich nichts zu Schulden kommen ließ, so war nur die Ursache, weil er keine Gelegenheit zum rauben und stehlen hatte. Warum gab er dem Hund den Namen Schnapp? Warum rief er schnapp und nicht: Schnapp hierher!? Ich behaupte: Er hat den Hund zum schnappen, also zum rauben abgerichtet. Nicht der Hund ist der Räuber, dieser war nur das Werkzeug, wie ein Einbrecher sein Werkzeug gebraucht. Der Räuber ist der Angeklagte. Er ist also schuldig an der Körper-berletzung. Durch sein Werkzeug hat er den Verurteilten zu Fall gebracht. Er ist also schuldig des Raubes auf öffentlicher Straße und der Körperverletzung. Ich beantrage für den ersten Fall fünf Jahre Gefängnis, zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht mit Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Für die Körperberletzung sechs Monate Gefängnis. Gesamt-strafe fünf Jahre sechs Monate Gefängnis. Der Hund wird unschädlich gemacht.

Trotz der glänzenden Verteidigung, die darauf hinweist, daß der Angeklagte in maßloser Weise vom Staatsanwalt beleidigt wurde, und daß er höchstens eine Geldstrafe wegen Freilaufs des Hundes bekommen könne, wird der Angeklagte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß verurteilt. Ebenso wird über den Hund das Todesurteil verhängt.

Der noch energischer Ausbau der Organisation und die Stärkung der Kriegskassen werden die Folgen ihres wahnwitzigen Draußelgehens sein. Ihr Tun wird nur die Wirkung hervorrufen, die Organisation der Arbeiter aufs äußerste zu stärken.

Die Gegner der Arbeiterbewegung haben schon häufig die Gelegenheit wahrgenommen, anzuerkennen, daß die organisierte Arbeiterkraft bereit ist, für ihre Zwecke auch finanzielle Opfer zu bringen. Aber gerade jetzt, wo die Arbeiter schwere Kämpfe zu führen haben, zeigt es sich am deutlichsten, wie notwendig hohe Beiträge sind. Durch den Terrorismus der Buchbindermeister wurden seit dem 1. Mai Tausende von Gehilfen ausgesperrt; daselbst geschah auch im Lithographengewerbe. Der Metallarbeiterverband mit seinen 300 000 Mitgliedern mußte zur Einziehung einer Extrafsteuer greifen, um die Machtgelenke der Metallindustriellen abzuwehren. Vielfach sind auch unsere Kollegen der Meinung, unsere Verbandsbeiträge seien zu hoch, sie bedenken dabei aber nicht, daß gerade wir mit den Steinmetzmeistern äußerst große und langwierige Kämpfe zu führen haben, um die Arbeitsbedingungen usw. der Kollegen verbessern zu können. Im vorigen Jahre betrug die Ausgabe für Streikunterstützung die Summe von über 100 000 Mk., im 1. und 2. Quartal dieses Jahres hatte der Verband beinahe schon dieselbe Summe für Streiks zu leisten als 1905.

Angeichts solcher gewaltiger Mittel, die zum Führen von Streiks notwendig sind, müssen und können sich die Mitglieder auch der Einsicht nicht verschließen, daß um die Skrupellosigkeit der Unternehmer zu bekämpfen, die Kriegskassen der Arbeiterorganisationen jederzeit gefüllt sein müssen.

Wir haben diese Zeilen geschrieben, um den Kollegen Gelegenheit zu geben, darüber nachzudenken, ob unsere Beiträge wirklich zu hoch sind. Wenn die Kollegen in den Mitgliederversammlungen mehr darauf hinweisen würden, welche Unsummen für Streiks alljährlich ausgegeben werden, dann würde das Gerede von den zu „hohen Beiträgen“ bald verschwinden.

Wir möchten auch nicht unterlassen, darauf zu verweisen, auf die Stärkung des „Lokalfonds“ bedacht zu sein. Es muß Ehrensache einer jeden Zahlstelle sein, neben dem Verbandsbeitrag noch einen sogenannten Lokalzuschlag zu erheben. Es sind manchmal Ausgaben zu decken, die der Zentralkasse nicht aufgebürdet werden können, und da ist es gut, wenn ein Ortsfonds vorhanden ist. Es hat uns sehr angenehm berührt, daß in letzter Zeit eine Reihe von Zahlstellen lokale Zuschläge eingeführt haben. Wir empfehlen dringendst, überall das nachzuahmen.

## Vom christlichen Gewerkschaftskongreß.

Am 25. Juli traten in Breslau die Delegierten der christlichen Gewerkschaften zum 3. Gewerkschaftskongreß zusammen. Wenn sonst bei christlichen Arbeiterzusammenkünften die Geistlichen nicht fehlten, eigentlich als Führer auftraten, so sind sie diesmal dem Gewerkschaftskongreß beinahe gänzlich ferngeblieben. Wahrscheinlich noch es diesen „Arbeiterfreunden“ allzu stark nach Streiks und sonstigen oppositionellen Reden. Dagegen waren in ansehnlicher Zahl die Vertreter der Behörden erschienen. Da sah man den Oberregierungsrat Schimmel-pfennig, den Kartellträger des Hauptmanns von Zander gegen den bekannten Untersuchungsrichter Firls, als den Vertreter des Oberpräsidenten und der königlichen Staatsbehörde, da war ein Regierungsrat als Beauftragter des Polizeipräsidenten Dr. Wieno erschienen, dessen Name mit den kirchlichen Ereignissen in Breslau im Munde der Arbeiter ganz Deutschlands ist, Stadtrat Peterfon überbrachte die „Grüße“ des Oberbürgermeisters Dr. Bender, dieses unentwegt freisinnigen Cassers aller Arbeiterkoalitionsbestrebungen, katholische und evangelische Arbeitervereine hatten ihre Sprecher entsandt, in demütigster Behaglichkeit spreizte sich ein Abgesandter der kirchlich-sozialen Konfession, der Generalsuperintendent Haupt selbst vertrat das evangelische Kirchenelement und — charakteristischerweise — die katholische Kirchenregierung, der Kardinal Kopp, sie alleine schien von der in ihrer Residenz vor sich gehenden Tagung so treu christlicher Gewerkschaften keine Ahnung zu haben. Von den bekannten christlichen Führern waren Stegerwald, Effert und Giesberts erschienen. Genosse Umbreit war als Berichterstatter für das Korrespondenzblatt anwesend.

Den Bericht für den Zentralverband gab Stegerwald. Wir entnehmen demselben folgendes:

Die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband angeschlossenen Gewerkschaften beträgt 265 032 gegen 207 484 im Vorjahre. Die Gesamteinnahme belief sich auf 2 674 190 Mark gegen 1 337 341 Mark im Vorjahre. Sie hat sich also verdoppelt. Die Ausgaben stiegen in derselben Zeit von 1 094 643 Mark auf 2 423 554 Mark, der Kassenbestand von 948 197 Mark auf 1 523 214 Mark, was eine Erhöhung von 1 228 911 bzw. 575 017 Mark bedeutet. Die Zahl der Lohnbewegungen, an denen die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre beteiligt waren, betrug 614; davon führten 316 mit 26 017 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung zu einer friedlichen Verständigung. 298 Lohnbewegungen mit 80 601 Beteiligten führten zu Streiks, davon treffen allein rund 60 000 auf den Streik der Ruhrbergleute. Erreicht wurden dadurch mindestens 2½ bis 3 Millionen Mark Lohnaufbesserungen, wesentliche Arbeitszeitverkürzungen, bessere Behandlung usw.

Aus diesen Ziffern geht hervor, daß die Christlichen in den letzten Jahren nicht müßig gewesen sind. Sie haben mit Aufbietung aller Kräfte gearbeitet, um den „Freien“ Konkurrenz zu machen. Allerdings wissen wir, daß es die Christlichen „meisterhaft“ verstehen, mit Zahlen zu operieren. Herr Bruft, der ehemalige Vorsitzende des christlichen Bergarbeiterverbandes, soll dabei unübertrefflich gewesen sein.

Beschiedene Redner erklärten den katholischen Fachabteilungen den Krieg, es kämpfen also Christen gegen Christen. Der Delegierte Gasse-Bosen wandte sich gegen die katholischen Fachverbände, die sich zu Streikbrecherdiensten hergegeben hätten. Der Redner führte einen Fall an, in dem ein Pfarrer erklärt hat, er dürfe nur die Zugehörigkeit zum katholischen Fachverbande „hört, hört!“ Solche Aussprüche seien um so bedauerlicher, als die katholischen Fachverbände Verbrecher an der Arbeiterfrage seien. Es ist klar, daß diese Redewendung auf dem Kongreß sehr unangenehm empfunden wurde. Der Ausspruch aber zeigt, wie sich die Christlichen gegenseitig zu „hassen“ verstehen.

Der Zentrumsabgeordnete Giesberts, der Renommierarbeiter dieser Partei, sprach über das Thema: Die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung und im öffentlichen Leben. Recht philisterhaft war seine Redewendung, als er sagte: „In Wahrheit idealisiert das Christentum die Arbeit. Wir wollen nicht das Joch des Kapitalismus mit dem demokratischen Sozialismus vertauschen. Die Freiheit der Arbeit läßt sich am entschiedensten und besten wahren im Sinne der ewigen Grundwahrheiten des Christentums.“ Der radikal gesinnte Giesberts hat dem Kapitalismus aus dem Herzen gesprochen. Auf der einen Seite jammerten die Delegierten in Breslau über die skrupellosen Ausbeutereien durch den Kapitalismus, andererseits wollen aber diese Gewerkschaftsmenschen

sich auch weiterhin mit den Ruten des „heutigen“ Kapitalismus züchtigen lassen. Auf den übrigen Speech Giesberts, daß die Freiheit der Arbeit nur im Christentum gewahrt wird, lohnt es sich nicht, einzugehen. Besser wäre es gewesen, wenn er gesagt hätte: „Das Christentum sorgt für die Knechtung der Arbeiter.“ Die geschichtliche Vergangenheit weist das ja zu allem Ueberflusse glänzend nach. — Weiter sagte Giesberts: „An Stelle der verwüstenden Klassengegensätze müsse die Harmonie in der Gesellschaft wieder hergestellt werden.“ Ja, wenn Giesberts mit seinem Anhang dieses Ziel erreichen könnte, dann hätten die Christlichen den ersten Anspruch, als Reformatoren der jetzt bestehenden Gesellschaftsordnung zu gelten. Also, zugegeben wird, daß Klassengegensätze bestehen, daß sich diese aber noch verschärfen müssen durch die zunehmende Industrialisierung ganzer Länder, vermag Giesberts nicht zu entdecken. Im Rheinland und in Westfalen, im engeren Wirkungskreise Giesberts, wo etliche Rechenbarone über die Geschicke von mehreren hunderttausend Bergarbeitern zu bestimmen haben, scheinen ja Klassengegensätze nicht zu bestehen. — Zur Landarbeiterfrage sagte Giesberts: „Wird die Organisation der Landarbeiter nicht in nächster Zeit von den Christlichen in Anspruch genommen, so wird die Sozialdemokratie alles aufbieten, um dieselben für sich zu gewinnen.“ Wir würden nur wünschen, daß das, was Giesberts über die Landarbeiterfrage, soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, sagte, zutreffend sei. Wir haben die Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie für die Landarbeiter viel zu wenig organisatorisch tätig war. In der Neuen Zeit — siehe letzte Nummer — wird in einem sehr inhaltsreichen Artikel diese Frage eingehend gewürdigt und der Vorschlag gemacht, eine eigene Organisation für die in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter zu gründen. Die Christlichen haben in der letzten Zeit alles versucht, insbesondere in Bayern, um die Landarbeiter zu gewinnen. Glückt ihnen das, dann wird es der Sozialdemokratie schwer, ihre Ideen auf dem Lande zu propagieren, denn wer christlich organisiert ist, hat selbstredend ein strammer Zentrümlein zu sein. Giesberts meinte ferner, es solle eine christliche „Arbeiterpartei“ gegründet werden. Also auch er will die Neutralität der christlichen Gewerkschaften „abstreifen“. Die christlichen Gewerkschaften waren bisher vom Zentrum untrennbar. Aber die wirtschaftlichen Ideale des Zentrums sind nicht die der Arbeiter. Die brotverteuernde Zoll- und Steuerpolitik des Zentrums, seine Bewilligungslust in Heer- und Marineangelegenheiten, seine zweifelhafte Haltung gegenüber den wichtigsten Volksrechten machten es zur Vertretung der Arbeiterfrage untauglich. Das erwachte Machtgefühl der christlichen Arbeiter läßt diese erkennen, daß die bisher von ihnen getriggerte Partei ihren Interessen nicht dient. Die Mitbestimmung erging sich in Protesten und löst sich jetzt aus in den Ruf nach einer selbstständigen politischen Vertretung. Damit stehen dem Zentrum schlimme Kämpfe bevor. Es wird wirtschaftlich Farbe bekennen und sich eine bestimmte Klasse als Nützlichkeit für seine Politik suchen müssen. Die Arbeiterklasse ist für diesen Zweck durchaus ungeeignet; so wird sie desto rascher vom Zentrum abfallen. Einer neuen christlich-nationalen Arbeiterpartei aber, sollte es wirklich über kurz oder lang einmal zu einer solchen Gründung kommen, würde es genau gehen wie der christlichen Gewerkschaftsbewegung: sie wird, durch die kapitalistische Entwicklung gedrängt, radikal und radikal werden.

In Breslau sind von den Delegierten gegen die Uebergriffe der Regierung erfreulicherweise manch scharfe Worte gebraucht worden. Den Zentrumsdiplomaten wird das noch lange in den Ohren klingen. Aber es ist immerhin erfreulich, wenn auch die christlich organisierten Arbeiter endlich anfangen, denken zu lernen. Auch die Brüder in Christo werden noch einsehen lernen, daß sich auch in der Gewerkschaftsbewegung der Klassenkampf nicht ausschalten läßt, daran ändern auch die Reden ihrer Führer nichts, die diesem Klassenkampfe geflüchtig aus dem Wege gehen wollen.

## Rundschau.

**Tarifverträge in der Metallindustrie.** Ein Bild von der Verbreitung der Tarifverträge in der Metallindustrie geben folgende Zahlen. Es waren Tarifverträge abgeschlossen:

Im Jahre	Zahl der Tarife	Zahl der tarifstreuen Betriebe	Zahl der tariflich beschäftigten Arbeiter
1903	32	2108	11 862
1904	60	2530	18 270
1905	156	6268	41 050

Diese Angaben sind nach mehr als einer Seite sehr bemerkenswert. Aus ihnen tritt uns der unaufhaltbare Vormarsch der Tarifbewegung recht deutlich entgegen. Gerade bei der Metallindustrie will das viel besagen. Sie hat die meisten Großbetriebe und darum wird hier das Prinzip der Tarifverträge am schwersten Wurzel fassen. In den vorliegenden Zahlen handelt es sich zwar nur um Kleinbetriebe, die dem Andrängen der Arbeiter am wenigsten Widerstand entgegenzusetzen können, aber je stärker die Organisationen der Arbeiter werden, um so mehr werden sich auch die Großen zu Vereinbarungen bequemen müssen.

Die Aussperrung der Buchbinder hat mit einem wesentlichen Erfolge der Arbeiter gegen die verhandlungsunfähigen Scharfmachergeleite der Unternehmer geendet. In dem hauptsächlichsten Punkte sind die Unternehmer unterlegen, ja, man kann sagen, nicht einmal ehrenvoll unterlegen. Denn ihr fein ausgetasteter Plan, den Buchbinderverband zu vernichten, den Tarif für ewig aufzuheben und die Verbandsmitglieder dauernd hrolos zu machen, ist dank der Einigkeit der organisierten Buchbinder elend zu schanden geworden. Während die Herren noch vor kurzem prahlend ausriefen: „Wir erkennen den Verband nicht mehr an, stellen auch Verbandsmitglieder nicht wieder ein!“ mußten sie jetzt klein beigeben. Denn die erste Bestimmung des am 27. Juli geschlossenen Tarifs lautet:

„Der Arbeitgeberverband gewährt den Arbeitern seiner Mitglieder vollständige Koalitionsfreiheit und erkennt hiermit den Arbeitnehmerverband als Organisation seiner Mitglieder an.“

Des weiteren erkennen die Herren auch den von ihnen einseitig aufgehobenen Tarif wieder als gültig an, setzen also ihr brutales Machtgebot außer Kraft. Ebenso fügen sich die Herren, wie sie schriftlich versprochen, den allgemeinen Bestimmungen sowohl, als auch den des Minimalstundens- und Akkordtarifs und versprechen, künftig danach zu entlohnen. Versprochen wird ferner, eine Reihe von Falzarbeiten freiwillig zu erhöhen und den Akkordtarif vom Januar 1907 ab revidieren zu lassen. Ebenso die Berliner Sondertarife für Korrichte- und Mädchenarbeiten.

Außerdem heißt es in dem neuen Tarife:

„Die Mitglieder des Arbeitgeberverbands bewilligen eine Erhöhung des Minimalstundenslohns für gelernte Buchbinder, die sich mindestens im 6. Jahre ihrer Berufstätigkeit befinden,

von 48 auf 50 Pfg. in Berlin,  
„ 46 „ 48 „ „ Leipzig,  
„ 44 „ 46 „ „ Stuttgart,

der in Berlin übliche Minimallohn für Spezialarbeiter wird von 51 auf 53 Pfg. erhöht.

Diese Erhöhungen treten vom 1. November 1906 an in Kraft.

Vom 1. Januar 1908 an werden die oben angeführten vier Lohnziffern um weitere 2 Pfg. erhöht.

Schließlich verpflichten sich die Unternehmer, die in Stuttgart gegen die Arbeiter erwirkten Urteile wegen „Kontraktbruchs“ nicht zu vollstrecken. Leider mußten sich die Vertreter der Arbeitnehmer verpflichten, Tarife im übrigen Deutschland

nur dann abzuschließen, wenn diese dem Unternehmerverba vorgelegen haben. Allein diese Verpflichtung wird an der Möglichkeit ihrer Ausführung bald von selbst illusorisch werden — Staat können die Herren also damit nicht machen. — Schwerer wiegt für die Arbeiter die Gültigkeit des Tarifs fünf lange Jahre hinaus. Die Arbeiter werden diesem Pakt zweifellos nur zustimmen mit dem festen Vorhaben, während die fünf Jahre so zu rüsten, daß das nächstmal ein in allen Punkt verbesserter Tarif errungen wird.

Ganz aufgehoben ist der Kampf noch nicht. Noch bleiben e Anzahl Opfer auf dem Pflaster liegen, die weiter unterfüt werden müssen. Der Zug nach den drei Kampfstädten m also einstweilen noch ferngehalten werden.

Der eigentliche Kampf hat rund ein Vierteljahr gedauert. Nun, da er zu Ende, ist die Bahn frei für die Lohnbewegung im übrigen Deutschland und stolz werden die Arbeiter ausrufen: Der Kampf wurde mit Ehren bestanden, es lebe der nun ginnende Kampf!

**Nachricht.** Am 30. Juli verwarf eine Versammlung der Buchbindergehilfen in Stuttgart das Angebot der Prin-pale, und zwar deshalb, weil viele Maßregelungen zu bezeichnen waren. Der Vorstand der Prinzipalsorganisation erklärte, we in Stuttgart nicht weitergearbeitet wird, dann erfolgt als Gege- stöß die Aussperrung der Gehilfen in Berlin und Leipzig. 3 Aufklärung sei bemerkt, daß vorige Woche auch die Stuttgart Gehilfen den Abmachungen mit den Prinzipalen zustimmte. Letztere scheinen aber sehr viele Maßregelungen vorgekommen zu haben. Deshalb die berechtigte Erbitterung unter der G hilfschaft.

**Die Aussperrung der Lithographen und Steinbruder** dürf in absehbarer Zeit nicht zum Abschluß kommen. Der „Schw- verband“ der Unternehmer lehnt es ab, in Verhandlungen üb die lokalen Forderungen früher einzutreten, als bis die Arbe in allen Streit- und Aussperrungsarten aufgenommen ist. Ein solche bedingungslose Aufnahme der Arbeit haben die Streite- den und Aussperrten bereits abgelehnt.

**Sächsisch.** Am 22. Juli verunglückte der Steinarbeiter August Trobitz bei der Firma Kramer u. Co. dadurch, da beim Herausziehen eines Steinblocks die Kette des dag verwandten Krans platzte, wodurch der Stein zurückrollt und Trobitz beide Beine zermalmt, was den Tod na kurzer Zeit zur Folge hatte. Sein Mitarbeiter konnte no rechtzeitig beiseite springen und so dem Tode entgehen. Es wäre bei solchen Arbeiten sehr nötig, wenn zuerst di großen Schutthaufen beseitigt würden. In dieser Sach wird soviel wie gar nichts getan und von der Gewerbe inspektion meistens übersehen.

**Münchberg.** Der Steinmetz Bertold erhielt vom Prin-regenten als Auszeichnung die Medaille des heiligen Michael i Bronze verliehen.

## Litterarisches.

Der in seinem 31. Jahrgang vorliegende **Neue Weltkalender** für das Jahr 1907 (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co.) enthält u. a.: Kalendarium. — Postwesen. — Beachtenswerte Adressen. — Statistisches. — Rück-blick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Reform der Strafprozeßordnung. Von Rechtsanwalt Hugo Heinemann. — Seuchengefahr und Seuchenverhütung. Von Dr. J. Jadel (mit Illustrationen). — Zwei Vieder im Volkston. Von Leo Heller. — Ein Maifesttag. Nach dem Leben erzählt von Minna Kautsky (mit Illustrationen). — Wenn wir nicht mehr gütig sind. Gedicht von E. Frezgang. — Der Kampf um das Mittelmeer der Zukunft. Von Heinrich Cunow (mit Illustration). — Die Karikatur und ihre Bedeutung. Von Eduard Fuchs (mit Illustrationen). — Wir sind der Sieg. Gedicht von Ludwig Lessen. — Moderne Kraftwagen. Von A. G. (mit Illustrationen). — Sozialistische Frauenagitation. Von Ottilie Baader. — Lied der Bergleute. Von W. L. — Die Kultur des Tabaks. Von A. G. Grant (mit Illustrationen). — Französische Geseleensorganisation im 18. und 19. Jahrhundert. Von Adolf Braun. — Nacharbeit. Gedicht von Gustav Weber. — Egenen aus der russischen Revolution. Von J. G. (mit Illustrationen). — Unfre Taten (mit Porträts). — Heilige Familie. Gedicht von Ernst Krewowki. — Fliegende Blätter. — Das Armband. Satirische Skizze von Michel Thibaut. Autorisierte Uebersetzung (mit Illustrationen). — Für unsre Käsewölfer. — Trächtigkeit- und Brütelalender. — Außerdem drei Bilder: Der Bergmann. — Die Auswanderer. — Proletarierin. — Zwei Dreifarbendrucke auf Kunstbuckpapier: Der Steinlopper. — Häher am Amfelnest. — Ein Wandkalender.

## Warnung!

Bist du Redakteur, bist Dichter, Dent am Strafgeset und Richter, An Jenzur und Staatsanwalt, Denn das Unheil naht gar bald.

Schreib' und redigier' stets reinlich! Jedes Wort wird hochnotpeinlich Auf den Inhalt unterfucht, Kritisiert, verdreht, gebucht. —

Unfre Welt ist gar so böse! Stets suchst sie das Ominöse! — Vor so finsternen Gewalten Ruht du rein die Spalten halten.

Ob du Iyrisch, ob politisch — Sei's nun Feuilleton, sei's kritisch — Wie du's machst, es ist verfehrt, Wenn's nicht zufällig — verjährt.

Nörge nie! — Mach keine Wiße! Schreib nicht Streiflichter, nicht Skizze. Reicht fühlst von dem Ton, dem schoffen, Ein Beamter na getroffen.

Wähl' auch nie an dieser Stelle Menschenähnliche Moberle, Und dein Stoff lieg' meilenteit Ab von jeder Möglichkeit

Nichter, Polizei, Synode Machen schließlich dich marode; Deine Prosa, deine Dichtung Paßt durchaus nicht ihrer Richtung.

Käzenbuckeln mußst du, schmeicheln, Scheinheilig den Muder heucheln, Denn das Schwarge ist heut' Trumpf Und der Wind geht schwül und bumpy.

Alfred Scholz  
(in der Welt am Montag).

**Kollegen! Agitiert für eure Organisation!**